

Correspondent

Erscheint
Montag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 13. Juni 1896.

N^o 66.

Protokoll der Konferenz der Gauvorsteher am 5. und 6. Juni 1896.

(Schluß.)

Schlager-Breslau hat Auftrag, für eine außerordentliche Generalversammlung einzutreten. Die Schreibweise und das Verhalten Gajchs sei unbegreiflich und habe eine Schädigung des Verbandes erzeugt, die in Jahren nicht wieder gut zu machen sei. Dasselbe treffe zu, wenn der vereinbarte Tarif Ablehnung erfahre. Die Mitglieder haben sich selbst mit dem wenigen Bewilligten abgefunden und würde es sie erbittern, wenn sie auch dieses wieder verlieren sollten. Daß auf dem Tarifgebiete nicht mehr erreicht wurde, sei nicht Schuld der Gehilfenvertreter, und wisse er entschieden zuruck, daß diese über die Köpfe der Mitglieder hinweg Abmachungen getroffen, welche diese zu schädigen geeignet seien. Seit Jahren sei der Vorstand beauftragt, Vereinbarungen anzubahnen. Dies sei geschehen und hätten die Gehilfenvertreter für das Bewilligte das andre mit in Kauf nehmen müssen. Zur Aufklärung der Mitglieder wären erläuternde Artikel des Vorstandes notwendig gewesen und bedauere er das Unterlassen desselben.

Döblin weist den gemachten Vorwurf zurück, daß er in der Sache so wenig gethan und führt zu seiner Rechtfertigung alles das an, was ihm seit Wochen aufgebürdet. Er meint, die Tarifvertreter hätten auch ihrerseits etwas zur Klarstellung der Situation thun müssen. Bilder-Schwerin: Bei den eigenartigen Verhältnissen seines Gaus habe er es freudigst begrüßt, daß der Verhandlungsweg eingeschlagen sei und so gering das Erreichte auch sei, daß dies ohne Kampf ermöglicht, sei für die Provinz besonders ein Vorteil. Sie seien überzeugt davon, daß Vorstand wie Gehilfenvertreter nur das Beste für die Gehilfenschaft gewollt. Er sei beauftragt, für friedliche Verständigung mit Gajch zu wirken. Nach der gestrigen Versammlung und dessen Auftreten von heute wäre er anderer Ansicht und würden zweifellos seine Vorstandskollegen nach Anhören der letzten Vorkommnisse wohl mit ihm einverstanden sein, wenn er nunmehr dafür eintrete, daß der Corr. so rasch wie möglich dem schädlichen Einflusse Gajchs entzogen würde. Die Behandlung, die Gajch den Gauvertretern in gestriger Versammlung zu teil werden ließ, sei bezeichnend für das Gebahren desselben.

Braun-Essen ist für Tarifgemeinschaft und sei diese seine Stellungnahme begründlich, wenn man die Verhältnisse in seinem Gau in Betracht ziehe. Die Ertragsverhältnisse der letzten Jahre, so gering sie seien, hätten sich nur mühsam von den Prinzipalen abgerungen, denn deren ablehnendes Verhalten in der Tariffrage werde veranlaßt und gewissermaßen unterstützt von dem Verhalten der Gehilfenschaft im allgemeinen. Um festzustellen, wie die Verhältnisse in seinem Gau beschaffen seien, hätten sie anfangs Februar l. J. eine Statistik aufgenommen, welche kein befriedigendes Bild biete. In 687 Drudereien unjers Gaus werden beschäftigt: 4238 Gehilfen einchl. Faktoren, Korrektoren usw. Hiervon sind Mitglieder 1420, Nichtmitglieder 2818. Tarifmäßig berechnen 302, nichttarifmäßig 417. Im gewissen Gelde werden beschäftigt über Minimum 1649, zum Minimum 630, unter Minimum 1112; unkontrollierbar 128. Die Arbeitszeit beträgt bei 287 Gehilfen weniger als 10 Stunden (in 35 Drudereien), 2970 arbeiten 10 Stunden (476 Drudereien) und 967 länger als 10 Stunden (156 Drudereien); in der Arbeitszeit unkontrollierbar 14 Personen. An Lehrlingen sind zu verzeichnen: 1110 Seher-, 345 Druckerlehrlinge. Die getroffenen Vereinbarungen hätten zur Folge, daß in Drudereien, die sich fester hartnäckig von uns fern hielten, Aufbesserungen Platz griffen und dem Beitritte zum Verbands keine Hindernisse entgegenstehen. (Redner bringt diesbetreffende Thatfachen.) Es hätte somit schon jetzt eine nicht unbedeutende Anzahl von Kollegen von den letzten Ertragsverhältnissen Vortheile gehabt. Hätten die getroffenen Abmachungen die Sanktion der deutschen Kollegenschaft gefunden, wäre es für alle besser gewesen; dies alles sei aber durch die Thätigkeit Gajchs in Frage gestellt. Er kam mit der Absicht, die Angelegenheit Gajch möglichst auf friedlichem Weg aus der Welt zu schaffen und dies unbeschadet der Einberufung einer Generalversammlung. Nun aber, nach

den heutigen Ergebnissen, frage er sich, ob nicht eine Suspendierung Gajchs dringend notwendig. Es müsse etwas geschehen, da es sich jetzt nicht absehen lasse, welches Unheil die Agitation Gajchs noch anrichte. Die Ansichten der Mitglieder seien verschieden, während einzelne die Schreibweise Gajchs verurtheilten, seien andere davon befriedigt. Er hoffe, daß es dem ruhigen und besonnenen Wirken und Auslassen der Mitglieder gelinge, das Schlimmste von unserer Organisation fernzuhalten.

Damm-Bromberg: Er finde es als höchst anmaßend, daß Herr Gajch in dem Artikel in Nr. 58 „In eigener Sache“ dem Herausgeber gegenüber die Drohung ausspricht, von seinem Hausrechte Gebrauch machen zu wollen. Herr Gajch beschwere sich über Diktatur des Vorstandes, was er aber ausübe, sei schlimmer als dieses. Die Versammlungen beeinflusst und Opposition gemacht würde, habe er in der Berliner Versammlung gesehen und tief beklagt, obgleich er wisse, daß die Mehrzahl der Kollegen Berlins daran kein Teil habe. Er habe das Empfinden, daß in dieser Versammlung eine große Komödie gespielt worden. Er befürchte, daß Schiebungen versucht würden, den Vorstandsstitz nachträglich zu verlegen, was unter allen Umständen aus naheliegenden Gründen verhindert werden müsse. Seine gute Meinung über die Berliner Kollegen sei durch diese Vorkommnisse getrübt worden. Man habe den zur Konferenz anwesenden Gauvorstehern sogar das Reden verweigert; seien denn dieselben Mitglieder zweiter Klasse? (Zuruf: Arbeitskolonnen.) Das aus Hannover eingegangene Telegramm beweise ebenfalls, mit welchen Mitteln gearbeitet würde. Herr Gajch gehe nur darauf aus, alleiniger Leiter der Organisation zu werden. Parole der Opposition sei, jede gegenteilige Meinung niederzuschreiben. Wenn Herr Gajch so weiter mache, werde er den Akt selbst abgeben, auf dem er sitze. Er freue sich, daß der Berliner Gauvorstand und Zentralvorstand einig seien. In Bromberg haben die zwei maßgebendsten Geschäfte den Tarif bereits anerkannt, was durch die erfolgten Quertretter wieder in Frage gestellt sei. Einer Suspendierung des Herrn Gajch könne er sich nur anschliefen; ebenso wüßte er die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung.

Klaproth: Es sei ihm peinlich, sich mit einem Abwesenden beschäftigen zu müssen, bei der Berichterstattung in Hannover habe er dies auch vermieden. In der Konferenz am 18. März habe Herr Gajch betont, daß er ein Vorgehen in Leipzig nicht für rätlich halte oder möglichst auf gültigem Wege bleibe, da dort nicht viel zu wollen. Bei dieser Konferenz habe man sich eingehend und ohne Rückhalt über die Lage ausgesprochen und er (Redner) habe darauf hingewiesen, daß das beabsichtigte Vorgehen zur Tarifgemeinschaft führen müsse. Herr Gajch sei bei allen Beratungen anwesend gewesen und habe thätig mitgewirkt und in der Konferenz am 18. April, nach Beendigung der ersten Tarifberatungen, habe sogar Herr Gajch die in Nr. 45 des Corr. veröffentlichte Resolution ausgearbeitet und den Konferenzteilnehmern in Abzügen vorgelegt. Herr Gajch habe auch mit bei den Beratungen des Tarifausschusses gesessen und gegen die geschaffenen Bestimmungen keine Einwendungen gemacht, deshalb wäre es Ehrenpflicht desselben gewesen, das, was er mit geschaffen, auch der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Es sind in Leipzig einem Kollegen des Tarifausschusses Mitteilungen gemacht worden, daß Herr Gajch beabsichtige, für sich ein Blatt zu gründen und dafür sorgen wolle, daß der Verband ein Kampfbündel werde. Er erjucht die Anwesenden, sich ihre Schlüsse daraus zu ziehen, da er selbst zu herbe dabei werden könnte. Das Vorgehen des Herrn Gajch habe das Vertrauen in die Organisation bedeutend erschüttert und es werden andere Personen, selbst die Besten, unter denselben zu leiden haben. Er empfehle, daß leitende Artikel im Corr. so rasch wie möglich abgedruckt werden und ein Flugblatt für die Mitglieder als aufklärend für die in Aussicht genommene Generalversammlung.

Chemnitz-Halle: Ueber den Wert der Tarifgemeinschaft bestände die verschiedenste Auffassung, dies treffe auch für seinen Gau zu; er glaube aber trotzdem, daß die Mitglieder desselben das Gebahren der Opposition aufs entschiedenste verurtheilen. Die Situation gestalte sich so, daß man sich mit Wangen frage, wann werde der Weg gefunden, auf dem die Mitglieder sich zum

Wohle der Organisation wieder fänden. Wenn, wie es in der gestrigen Berliner Versammlung geschehen, ein Teil der Anwesenden sich weigere, einen Verbandsfunktionär, der seit Jahren stets für das Interesse der Allgemeinheit gewirkt, ruhig anzuhören, so charakterisiere dieses Verhalten die Situation, die unter der Protection Gajchs sich herausgebildet. Diese Wahrnehmung sei selbst dann noch bedauerlich, wenn wirkliche Fehler der betr. Person vorlägen, worüber man aber sehr geteilter Meinung sei. Wie könne man diese unheilvolle Zerspaltung unserer Mitglieder, von der die Gegner nur Vorteil hätten, aufhalten? Diese Frage dränge sich bei allen vorurteilslos Präsidenden in den Vordergrund. Er sei für Verbreitung eines die Sachlage ausführlich behandelnden Flugblattes, event. einer gleichen Zwecke verfolgenden Broschüre, außerdem für eine einzuberufende Generalversammlung und erhoffe er sich davon ein Wiederfinden der widersprekenden Meinungen.

Ston-Chemnitz: Durch die Thätigkeit und unsachliche Schreibweise Gajchs habe sich eine tiefe Kluft in unserer Organisation gebildet; wenn Gajch heute erklärt habe, daß er diese auszufüllen bereit sei, nehme er das nach den Wahrnehmungen der jüngsten Zeit nicht ernst. Gajch habe im Corr. berichtet, daß in Sachsen geheime Konferenzen stattgefunden. Dies sei falsch. Wahr sei nur, daß eine Besprechung von Vertretern der im Tarifstreite „Sachsen“ einbezogenen Gawe mit Dinzuziehung des Ortsvereins Altenburg stattgefunden habe, um wegen Aufstellung eines Gehilfenvertreter-Kandidaten zu beraten. Daß diese Besprechung nicht „heimlich“ gewesen, erhebt am besten daraus, daß aus dem Gantage des Gaus Ergebrige Bogtland darüber Bericht erstattet wurde. Wenn die Prinzipale verlangten, daß über den Tarif erst ihre Generalversammlung abstimmen solle, könnten wir auch durch unsere Generalversammlung Gleiches und auch durch Urabstimmung Ähnliches verlangen.

Goldschagg-Freiburg i. V.: Die Gauvorsteherkonferenzen, welche in Berlin und Halle stattgefunden, hätten festgestellt, daß wir versuchen wollten, auf friedlichem Weg etwas zu erreichen; dies sei geschehen. Wenn trotzdem oder deswegen künstlich Erregung in die Masse der Mitglieder hineingetragen worden, so sei dies bedauerlich; er hoffe aber, daß sich die Mitglieder dennoch wiederfinden und darum bitte er die Gauvorstände, vorerst noch auf ihren Plätzen auszuharren. Alles was geschehen, habe Gajch heruntergerissen, nicht aber angegeben, was besseres an dessen Stelle zu setzen sei. Wie die Gesamtlage beschaffen, wisse Gajch genau, ihm sei es aber gleich, wie sich die Verhältnisse später gestalten. Hauptlache für ihn sei, daß seine Ansichten zur Geltung kämen und er event. seinen Zweck erreiche.

Rosenlechner ist nicht mehr für Suspendierung Gajchs, weil ihm die Möglichkeit der Durchführung nicht klar liege, diese selbst aber nur Del ins Feuer gieße. Mehr als 6000 Gehilfen würden bereits nach den neuen Tarifbedingungen beschäftigt, ob diese gleiche Ansicht wie Gajch seien, bezweifele er, ebenso, daß überhaupt die Mehrheit der Mitglieder hinter ihm stände. Man möge beschließen, da die meisten Berichte einseitig, zu Gunsten der Ansicht Gajchs gefärbt im Corr. wiedergegeben seien, daß Döblin seinen Namen als Verleger zurückzugeben solle, da der Corr. von heute nur noch schwer als Verbandsorgan gedacht werden könne.

Döblin: Er sei schon selbst mit sich zu Räte gegangen, ob es nicht besser sei, seinen Namen zurückzugeben, doch wäre er sich klar darüber, daß er das ihm übertragene Recht auf den Corr. nicht preisgeben dürfe. Wenn dieses geschehe, habe Gajch erst recht Spielraum, so zu handeln wie ihm beliebt. Wenn sich Mitglieder darüber beklagten, daß die heutige Konferenz dem Verbande zu viel koste, so müßten dieselben diesen Vorwurf an Herrn Gajch richten, der durch sein ungerichtetes Verhalten die Ausgaben für Konferenz, Generalversammlung, notwendig werdende Agitation und Druckerarbeiten veranlasse. Es müsse etwas geschehen und scheue er vor keinem Schritte zurück. Man müsse Energie auch Herrn Gajch gegenüber betätigen, um zu beweisen, daß man seine Rechte zu schützen bereit sei.

Seib: Er habe sich jetzt über Gajch und seine Kollegialität eine eigene Meinung gebildet, die für denselben wenig schmeichelhaft sei. Gajch provoziere, um zu ver-

entlassen, daß er, von seinem Amte gedrängt, den Mitgliedern gegenüber die Rolle eines Diktators spielen könne. Darum sei er auch gegen dessen Absetzung. Mehr Schaden als Guts schon angerichtet, werde er zu vollbringen nicht im Stande sein. Würde man in Versammlungen, Corr.-Artikeln usw. auflärend unter den Mitgliedern, dann werde man die verderbliche Thätigkeit Gutschs wohl paralysieren können.

Leinde-Danzig: Man solle das Tarisamt, das so viel angeleitet, fallen lassen. Die Mitglieder würden daran nichts verlieren. Wenn erst einmal, wie in Danzig, die Mitglieder einsehen, daß die Handlungsweise Gutschs der Organisation schädlich, würde die Wirkung sich verlieren. Ist für Generalversammlung und gegen Absetzung Gutschs.

Massini-Berlin: Der Ausschluß oder die Suspension des Herrn Gutsch wäre demselben nur erwünscht, die Situation würde mindestens dadurch nicht besser. Er habe gehofft, durch eine persönliche Aussprache mit ihm eine Klärung der Situation herbeizuführen; dies sei durch das Auftreten des Herrn Gutsch vereitelt. Ueber die Berliner Versammlung bitte er nicht einseitig zu urteilen; es herrsche hier ganz eigenartige Verhältnisse. Mindestens 1500 Mitglieder seien vorhanden, die mehr oder weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hätten, daraus resultiere der Ausdruck der Unzufriedenheit. Es könne sein, daß von Opponenten stark agitiert worden, doch sei auch zu bedauern, daß die übrige Kollegenchaft teilnahmslos dastünde und diesem sei das Resultat der gestrigen Versammlung zu danken. Nicht Oppositionslust, sondern die miltlichen Verhältnisse seien hierbei zum Ausdruck gekommen. Die Prinzipale seien natürlich als lachende Dritte zu. Das lebende Element dieser Agitation sei die Tarisgemeinschaft mit dem Tarisamt; dieses Element müsse beseitigt werden. Es muß erklärt werden, daß die Generalversammlung das endgültige Wort über die Tarisgemeinschaft geben werde. Es wäre bedauerlich, wenn die errungenen Vorteile wieder verloren gingen; er wolle daher der Allgemeinheit die Entscheidung überlassen, ob sie die Tarisgemeinschaft haben wolle. Für ihn sei es ein Konfens, ohne dieselbe Vorteile zu wollen. Er verweise diesbezüglich auf die letzten Vorkommnisse in der allgemeinen Arbeiterbewegung. Er beantrage: daß die Generalversammlung über die ganze Angelegenheit beschließen und der Vorsitzende des Tarisausschusses durch die Geschäftsvertreter ersucht werde, die Schlussfugung bis nach stattgehabter Generalversammlung zu vertagen. Herr Gutsch werde sich schon abwärtschaffen, jeder einzelne solle nur seine Schuldigkeit thun in Wort und Schrift und zwar müsse dies schnell geschehen, um die Kollegenchaft auf dem Laufenden zu erhalten. Die Zeit bis zur Generalversammlung müsse zur Klärung benutzt werden und die Mitglieder würden dann wieder ruhiger denken.

Nathusius: Die Tarisgemeinschaft habe ihre Licht- und Schattenseiten. Durch dieselbe könne man einen moralischen Druck auf diejenigen Prinzipale ausüben, die sonst schwer zu irgendwelchen Zugeständnissen zu haben seien, andererseits sei sie auch im Stande, uns an unserer Bewegungsfreiheit zu hindern. Er sei nicht bloß für Suspension Gutschs, sondern gehe weiter und wünsche dessen Ausschluß. Was man von jedem Mitgliede verlange; Unterordnung unter die Organisation, sei man doch auch von Gutsch zu verlangen berechtigt. Derselbe werde uns durch die Ausgaben für Konferenzen, Generalversammlung usw. ein „teures“ Mitglied. Man solle sofort den Corr., der Organ des Verbandes und nicht des Herrn Gutsch sei, für uns mit Beschlus legen, um zu verhindern, daß auch noch die Generalversammlung in so unheilvoller Weise beeinflusst werde, wie dies zum Schaden des Vereinslebens seither geschehen.

Duesel-Königsberg: Ist gegen die Suspension Gutschs. Dadurch werde ihm ein Glorienschein ums Haupt gewunden, was ihm bloß erwünscht und seiner dann noch intensiveren Agitation nur von Vorteil wäre. Wäge Gutsch in der nächsten Zeit bis zur Generalversammlung thun was er wolle, größeres Unheil als geschehen könne er nicht mehr anrichten. Die Generalversammlung werde zeigen, daß die Mitglieder die ihnen vereinbarte Besserstellung gutsehen.

Riedel: Würde Gutsch gegenwärtig mitten in der von ihm betriebenen Agitation von Suspension oder gar Ausschluß überrascht, so fördere dies nur seine Zwecke, wir würden damit einen großen Fehler begehen. Lasse man eine Generalversammlung für oder gegen die Tarisgemeinschaft, die bereits von den Versammlungen einiger Städte abgelehnt, entscheiden, so werde dies gute Aufnahme bei den Mitgliedern finden. In einer Resolution aber solle die Konferenz von Gutsch verlangen, daß er sich im Corr. bis zur Generalversammlung strenger Sachlichkeit und Objektivität befleißige. Mit den niedrigsten Kosenamen habe Gutsch die Geschäftsvertreter und Vorstande belegt (Döblin: Auch mich!) und das nenne man erbliche Kampfesweise. Er ist dafür, daß das Protokoll der Konferenz veröffentlicht werde, aber nicht, wie vorgeschlagen, in einem Flugblatte, sondern im Corr., der doch immerhin noch unser Organ sei. Das Protokoll sei für ihn ein Aktentück, das im Corr. besser aufgehoben sei als in einem Flugblatte, da könne man später einmal nachschlagen, um sich der heutigen Vorkommnisse zu erinnern. Er betrachte den Beschlus, die Entscheidung, ob für oder gegen Tarisgemeinschaft der Generalversammlung zu überlassen, nicht als eine Kapitulation vor dem Corr.-Redakteur, wie Nathusius meine. Man solle den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern erkennen, daß

die breite Masse der Mitglieder jetzt gegen die Tarisgemeinschaft eingenommen sei, und dem müsse man Rechnung tragen. Er ist darum für schleunigste Einberufung einer Generalversammlung.

Döblin: ersucht, bei den weiteren Ausführungen auch Stellung zu dem Wunsche zu nehmen, welcher wünschlich, daß die Schlussberatung des Tarisausschusses bis nach unserer Generalversammlung hinauszuschieben sei.

Schlag sieht den Hauptgrund der Nichtstimmung eines Teiles der Mitglieder in der Verzögerung der Einführung des Taris und dies werde von Gutsch in geschickter Weise benutzt. Er ist für Urabstimmung, ob für oder gegen Tarisgemeinschaft. Man möge für schleunigste und umfassende Klärung der Mitglieder sorgen, dann brauche man deren Entscheidung auch nicht zu fürchten und die Generalversammlung würde dann schon reine Bahn schaffen. Auch er ist gegen die Maßregelung Gutschs, die seine oppositionelle Stellung nur fördere.

Kühn: Ist gegen die Suspension Gutschs und gegen eine Urabstimmung. Erfolge ersteres, dann würden sich die Anhänger Gutschs noch enger an denselben anschließen und für dessen Ideen wirken, er halte übrigens die Konferenz zu solcher Maßnahme nicht berechtigt.

Klaproth: Unser Hauptstreben sei seit Jahren gewesen, unsere Organisation zu stärken und die der Gegner zu schwächen. Dies weiß Gutsch und trotzdem dessen Gebaren, das unsere diesbezügliche Thätigkeit auf lange hinaus lahm lege. Er sehe, daß gegen eine Tarisgemeinschaft eine bedeutende Bewegung in Mitgliederkreisen bestände, darum sei er für eine gründliche Behandlung dieses Gegenstandes auf einer Generalversammlung, für Vertagung der Schlussfugung des Tarisausschusses und für eine Urabstimmung, aber diese erst nach der Generalversammlung. Er fage der letztern ruhig entgegen, denn bis dahin würde der größte Teil der Mitglieder begriffen haben, daß der von Gutsch eingeschlagene Weg nicht der richtige sei.

Waberst: Ist gegen Suspension Gutschs. Dieser würde nicht müßig bleiben in seiner so eifrig betriebenen Agitation und leider seien die gegenwärtigen Versammlungsbesucher allzuleicht für ihn zu haben. Berechtigt zur Suspension sei man zweifellos.

Damir war heute morgen noch der Ansicht, daß Gutsch von seiner Stelle entfernt, die Verhandlungen hätten ihn eines andern befehrt. Gutsch müsse die ihm zugesandten auflärenden Artikel unverzüglich aufnehmen. Dies müsse gefordert werden, damit die Mitglieder wieder eine andre Kost vorgelegt bekämen und so das Verständnis für die Gesamtlage gewekt werde. Jetzt sei der Corr. nur ein Abflus der Gutschsden Ansichten. Will das Protokoll als Flugblatt verbreitet werden, da vielen Corr. nicht lesen. Ist gegen Urabstimmung, da diese zu leicht beeinflusst werde, was von der Generalversammlung nicht zu befürchten.

Schröter: Wenn seine gemachten Ausführungen sich gegen Arbeitsnachweise, Tarisamt und Schiedsgerichte richteten, habe er damit nicht die Tarisgemeinschaft bekämpft, die in der von ihm angebotenen Weise ausgebaut, völlig genüge und uns so nicht schaden könne. Er halte die heutige Konferenz für berechtigt, sich für Suspension auszusprechen, obwohl er dieselbe nicht befürworte. Ist dafür, daß in einer Resolution Gutsch aufgefordert werde, sich bis zur Generalversammlung aller gehässigen und persönlichen Angriffe zu enthalten. Komme er dieser Aufforderung nicht nach, so sei dies neues Material gegen Gutsch auf der Generalversammlung.

Wendisch: Ist für Generalversammlung und will nur von einschneidenden Maßnahmen gegen Gutsch Abstand genommen wissen, weil sich dadurch sein Anhang vermehre, die in ihm einen Märtyrer sehen und so Gutsch zu unverdienter Ehre gelangen würde. Es müsse aber dem Vorstand das Recht eingeräumt werden, Gutsch, wenn er seine verbleibende Thätigkeit nicht einstelle und erst die Generalversammlung sprechen lasse, von seinem Posten zu entfernen.

Gaas: Ueber die Frage, ob für oder gegen die Tarisgemeinschaft, müsse, nachdem die Generalversammlung gesprochen, auch die Allgemeinheit gehört werden und ist er darum für Urabstimmung. Die Festsetzung des Taris sei nicht zwischen Verband und Prinzipalsverein, sondern nur von der Allgemeinheit beiderseitig erfolgt. Man könne daher auch jetzt nicht die Allgemeinheit davon ausschließen und dies selbst dann nicht, wenn man geltend mache, daß die Kosten für Einführung des Taris ja doch nur vom Verband getragen würden. Im Interesse möglicher Klarheit über die Wünsche der Gesellschaft wünschlich Redner, daß nicht kurz nur über die Tarisgemeinschaft abgestimmt, sondern diese selbst in einzelne Fragen zergliedert werde, damit man das von Kollegen Unangenehme genau festzustellen in der Lage sei.

Domine: Ist gleicher Ansicht und sonach auch für Urabstimmung und Generalversammlung. Eine aus den Herren Brauch, Schröter und Seig bestehende Kommission legte eine von ihnen ausgearbeitete Resolution vor, welche dem Protokoll vorangehend abgedruckt ist.

Vor Urabstimmung über die Resolution meinte zunächst Riedel: Er sei mit Wiedergabe des Protokolls im Corr. befriedigt und halte die Annahme der Resolution für einen Fehler, weil dieselbe Gutsch neues Material liefere. Mit Annahme der Resolution bestände man sich in einer Kampfstellung Gutsch gegenüber. Beschränkte man sich auf objektive Wiedergabe des Protokolls, so seien die Mitglieder wohl in der Lage, sich ein eignes Urteil zu bilden.

Döblin: Riedel sehe zu schwarz und sei der Kampfesweise Gutsch gegenüber zu zartfühlend. In allen Versammlungen, in denen Gutsch anwesend, würden Resolutionen angenommen und daß man sich in denselben irgendwelche Beschränkungen auferlege, habe er bis jetzt nicht gefunden. Diese Resolutionen würden von den Mitgliedern beherzigt und den Anhängern Gutschs allerorts ausgefächelt. Könnten die Gauthorsteher sich nicht einmal dazu aufschwingen, auch ihrer Ansicht in einer Resolution Ausdruck zu geben, werde man dies mit Recht nicht verfehen. Ob die Konferenz die Resolution annehme oder nicht, dies werde die Kampfstellung Gutschs nicht im geringsten beeinflussen.

Domine: begreift die von Riedel geäußerten Befürchtungen nicht und ist für Annahme der Resolution. Ebenso

Seig: Wenn Riedel für Veröffentlichung des Protokolls, so dürfe er auch nicht gegen die Resolution sein. Befürchte Riedel mit Annahme der Resolution Gutsch neue Waffen zu liefern, so treffe diese Befürchtung auch bei Veröffentlichung des Protokolls zu. Er befürchte beides nicht.

Massini: erklärt sich für Resolution; desgleichen **Klaproth:** Die Resolution solle zugleich eine Erklärung der Gauthorsteher sein, der sich die Mitglieder anschließen könnten. Ueberall müßten nunmehr Versammlungen abgehalten und diese Resolution zur Annahme vorgelegt werden.

Schlag ist ebenfalls für die Resolution. Die Aufassung darüber, was in letzter Zeit geschehen, sei eine geteilte. Gutsch betrachte seine Thätigkeit als von Nutzen für den Verband, wir sind der Ansicht, daß uns dies von bedeutendem, heute noch nicht absehbarem Schaden sei. Wäge Gutsch die Resolution für seine Zwecke benutzen oder es unterlassen, dies ändere nun einmal an der geschaffenen Lage nichts.

Gutsch: will in die Resolution aufgenommen wissen, daß Gutschs Thätigkeit zum Nachteil des Verbandes die Gauthorsteher berechtige, ihn aus seinem Amte zu entfernen.

Riedel: will sich nicht in Gegensatz zu seinen Leipziger Mitgliedern dadurch setzen, daß er die Resolution mit seiner Stimme unterstütze.

Döblin: Riedel fasse die Resolution falsch auf. Die Leipziger Mitglieder haben sich gegen den Taris ausgesprochen. Hier handle es sich aber um Stellungnahme gegen die Handlungsweise Gutschs.

Stoy: kann die Stellungnahme Riedels nicht begreifen, derselbe sei doch an die Abstimmung der Leipziger Mitglieder nicht gebunden.

Die schon in letzter Nummer abgedruckte Resolution wird hierauf mit allen gegen die Stimme Riedels angenommen.

Riedel: erklärt hierauf zu Protokoll, daß er sich mit der Resolution Gutsch solidarisch erkläre, aber mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Leipziger Mitglieder sich der Abstimmung enthalte.

Der Antrag auf Urabstimmung, ob für oder gegen Taris, wird abgelehnt.

Klaproth: beantragt, daß, wenn event. wegen des Taris Maßnahmen seitens der Prinzipale ergriffen werden, der Zentralvorstand mit den Gauthorständen weiteres beschließen solle, was Annahme findet.

Zum Schluß gelangte folgender Antrag zur einstimmigen Annahme:

„In Anbetracht der in Geschäftsreisen herrschenden großen Unklarheit über den Taris wird das Ersuchen an die Geschäftsvertreter des Tarisausschusses gerichtet, zu veranlassen, daß die für den 17. Juni vorgezeichnete Schlussfugung des Tarisausschusses bis nach der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ausgesetzt wird.“

Döblin: bedauert in seinem Schlussworte die Veranlassung, welche die Gauthorsteher zusammengeführt. Nicht Verhältnisse, sondern eine Person habe die Zusammenberufung der Konferenz notwendig gemacht. Er sei der Ueberzeugung, daß wir, uns jetzt mit aller Thatskraft an die Allgemeinheit wendend, wohl im Stande seien, eine Rückkehr zu ruhiger, sachlicher Ueberlegung herbeizuführen, zum Wohle des Verbandes.

Klaproth: hofft, daß jetzt, wo es gelte, für die Erhaltung unserer Organisation zu kämpfen, keiner zurücktreten möge. Die Gauthorsteher seien durch das Vertrauen der Mitglieder an diese Stelle berufen und müßten darum auch in den gegenwärtigen kritischen Momenten auf den ihnen angewiesenen Posten ausstehen.

Damit schloß um 9 Uhr abends die Gauthorsteher-Konferenz.

Für die Thätigkeit des Protokolls
G. Eifler-Berlin, Ph. Gaas-Mainz,
Schriftführer.

Wichtigste Klärung.
Auf die im Protokolle der Gauthorsteher-Konferenz (Nr. 65 des Corr.) enthaltenen Ausführungen des Vorsitzenden Hartwig-Hannover erkläre ich, daß die Versammlung am 8. Juni auf Beschluß des Vorstandes durch mich einberufen, ebenso Kollege Gutsch auf Vorstandesbeschluß als Referent eingeladen wurde.

Hannover, 11. Juni 1896.
E. Kanowsky,
stellvertretender Vorsitzender.

Die Gauvorsteher und der Corr.

Fünfundzwanzig gegen einen.

Am 5. und 6. Juni waren wieder einmal die Herren Gauvorsteher in Berlin zusammen zu dem Zwecke, sich mit den Mitgliedern des Verbandes in Widerspruch zu setzen und leeres Stroh zu dreihen. Die Mitglieder des Verbandes haben durch diese Zusammenkunft wiederum erfahren, daß sie für ihre leitenden Personen Lust sind, daß sie wegen diesen und nicht diese wegen ihnen da sind. War schon die Abartung der Tarifgemeinschaft gegen den ausgesprochenen Willen der Mitglieder eine unerhörte Eigenmächtigkeit, so steht der Tenor der Gauvorsteherkonferenz an Selbstherrlichkeit der ergränzten Maßnahme in keiner Weise nach. Zum Glück kann man dem Correspondent-Redakteur nicht in die Schuhe schieben, daß er auch an dieser sich über alles demokratische Gefühl hinweghebenden Handlungsweise der schuldige Teil ist.

Von den vielen kleineren und großen Mitgliedschaften, die bisher zu der vorliegenden Streitfrage Stellung nahmen, haben, gering gerechnet, mindestens neunzehntel gegen die Tarifgemeinschaft und für das Verhalten der Correspondent-Redaktion Partei ergriffen. Die Redaktion wurde bloß getadelt, daß sie so spät den gefährlichen Mut fand, dem Vorhaben der Mächtigen öffentlich entgegenzutreten. Wie finden sich nun Zentralvorstand und Gauvorstände mit dem gegebenen Verhältnis ab? Sie ignorieren erhaben auch diese Mitgliederbeschlüsse, wie die früheren. Der Verbandsvorsitzende Döblin schlägt der Kollegenschaft ins Gesicht, indem er sagt, der Correspondent-Redakteur habe die Waffe „düpiert“ (wörtlich) und würde bei der Korona seiner erleuchteten Vereinschäpfer mit seinem Auftreten keinen solchen Eindruck machen wie in „wohlpräparierten Versammlungen“. Dieser Mann, der die Kollegenschaft, die mit dem höchsten Interesse in jumeist ungewohnt starker Zahl in die Versammlungen getront ist und dort nach strenger Prüfung mit gewaltigen Mehrheiten, vielfach einstimmig wie oben gesagt entschieden hat, stellt die Kollegen als eine beschränkte Menge hin, die sich von einem Berrichten, oder Ehrgeizigen, oder Eudist gedankenlos ein für ein U vornehmen läßt! Zweifelt ferner noch jemand daran, daß die operbegeisterten Kollegen im März als Veroffene und heruntergekommene Subjekte bezeichnet wurden? Ja, freilich, derselbe Herr ist ja selbst in drei der bedeutendsten Versammlungen dem „Heher“ entgegengetreten, aber weil diese Versammlungen seine Darlegungen als innerlich unwahr zurückwiesen, waren sie „wohlpräpariert“. In der Humboldt unterbreiten wir unseren Lesern den Wortlaut zweier Zirkulare, aus denen sie ersehen können, von welcher Seite die Versammlungen präpariert wurden. In dessen der einzeln dastehende Redakteur des Correspondenten hat doch nicht an allen Ecken und Winkeln Deutschlands rumort, er hat bis zur Stunde sechs Versammlungen besucht — drei unter Teilnahme des Verbandsvorsitzenden, wohl fünfzig haben aber stattgefunden und beschlossen. Wurden diese Versammlungen auf Distanz „düpiert“?

Genug von dem Verlegenheitsgeschwätz, flog ja sogar einem Gauvorsteher, dem Kollegen Seitz, der ein sachlich gefundenes Urteil über das Tarifkomplotz aussprach, der Vorwurf an den Kopf, daß er sich habe von Gash beeinflusst lassen. Jetzt wollen nun, wie die Leser gefunden haben werden, die Teilnehmer an der Konferenz die „Beeinflussung“ bis zur Generalversammlung mit vermehrter Kraft aufnehmen (Döblin: Es kommt nur darauf an, wie die Zeit bis zur Generalversammlung auszunutzen wäre; Massini: Gash wird abwickeln, die Zeit bis zur Generalversammlung muß zur Aufklärung benutzt werden, dann werden die Mitglieder wieder ruhiger denken), es scheint beinahe, als hätten sie bisher geschlafen. In Wahrheit sind aber ihre eifrigen Beeinflussungsversuche überall schauerlich abgeprallt, was die guten Leute jedoch nicht zur besseren Erkenntnis über die Denkweise der Kollegenschaft gebracht hat. So mögen sie sich bei der Wahltagung zur Generalversammlung neue Quittungen holen!

Die Konferenz hat den Correspondenten der persönlichen Kampfesweise beschuldigt und uns persönliche Motive untergeschoben; für die fernere Zeit wünscht sie eine sachliche Behandlung der Angelegenheit. Das Protokoll ist ein famoseres Beispiel, wie ihre „Sachlichkeit“ aussieht. Es betrifft nur die Person Gash. Er ist der Rebelle, die Mitglieder die „Verführten“. Der Correspondent ging, wie allemäßig nachzuweisen, mit tadelloser Sachlichkeit vor. Mit Nr. 51 vom 5. Mai hebt sein öffentliches und angriffsweises Vorgehen gegen die Tarifmache an; 3. Artikel „Was die Gehilfen nimmere zu thun haben“. Daraus das Telegramm des Zentralvorstandes“ in Nr. 52 und ein Brief voll Grobheiten von demselben, Androhung von Maßregelung. Der Correspondent-Redakteur seinerzeit bleibt sachlich. Sein Auftreten in der Leipziger Versammlung vom 11. Mai läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Dafür ziehen ihn Zentralvorstand und Gehilfenvertreter in der brutalsten Weise zur Redenshaft (Giesecke schimpft ihm z. B. einen unehrlichen Makler und verlangt, daß er revolvier, Massini: Wenn es ihm nicht passe, habe er zu kündigen

und anzuhören wie jeder andere u. a. m.) und machen ihn für alles Vergangene und Zukünftige verantwortlich. Die Tarifgemeinschaft weisen die Herren vor-mittags weit von sich, sie würden selbstredend nicht darauf eingehen, und nachmittags lassen sie sich von den Prinzipalen unsicher dafür gewinnen. In den folgenden Tagen konstruieren sie dieselbe in Gemeinschaft mit den Prinzipalen und stellen dem Correspondenten, weil er gegen sie opponierte, auf Befehl der Prinzipale einen Tadel aus. Der Redakteur reist von Berlin ab und hinterläßt gleichwohl eine Einigungspublication, zu veröffentlichen unter der Bedingung, daß die Tarifgemeinschaft mindestens geblühtenfalls sofort der Kritik ausgesetzt werden dürfe. Anstatt der Publikation senden die Herren neue gröbliche Entrüstungsschreiben wegen Aufnahme des Leipziger Versammlungsberichts und eine Bekanntmachung, durch die sie die schmadvollen Berliner Beschlüsse den Kollegen empfehlen (s. Nr. 58).

In der gleichen Nummer ergreift die Redaktion endlich zur Abwehr „In eigener Sache“ das Wort und man sehe nach, ob der Artikel nicht ein Muster von Sachlichkeit ist. Auch die folgende Nummer enthält keinerlei Aussall, dagegen trifft auf den Artikel „In eigener Sache“ eine verletzende „Erklärung“ des Zentralvorstandes ein, der der Redaktion später „gebührend“ zu antworten und „gründliche Klarheit“ herbeizuführen verspricht. War hier nicht vielmehr eine sachliche Vertretung der Tarifbeschlüsse geboten? Auch auf diese persönliche Attacke antwortet die Redaktion kein Wort. In der nächsten Nummer folgt — Zirkulare an die Gauvorstände gleichen Inhalts waren bereits erlassen — die Einberufung des Behmgerichts. Nebenher wird nun der Correspondent-Redakteur als Urheber aller der traurigen Abmachungen, die man dennoch als „Woblhathen“ mit allen Mitteln verteidigt, verschrien und auf das infamste beschimpft (s. Redaktions Agitation, Knie in Stuttgart, Döblin in der Leipz. Versammlung). Versammlungen werden nicht einberufen, damit die Mitglieder nicht über die Tarifmache entscheiden können — die Solidarität, Organ des Berliner Gauvorsteher, stellt speziell das Ansinnen an die Mitglieder, ihre Entscheidung bis nach stattgefundener Knebelung des Corr. aufzuschieben —, Gehilfenkonferenzen mit Döblin, Steinbrückel, Nibel, Eickler finden jedoch statt in Dresden und Chemnitz. In dieser höchsten Gefahr legt der Redakteur die Hände natürlich nicht länger in den Schoß und schiebt den Abschlagungs vorbereitungen thatenlos zu. Er beruft in Leipzig auf Aufforderung die allgemeine Versammlung und legt dort die skandalösen Vorgänge klar. Erst als die Kollegen auf das schrilche Gesicht der Tariffabrikanten zur Annahme des Nachverles angetregt werden und Gash von diesem persönlich provoziert wird, stellt er auch deren persönliche Beziehungen zu dem Schwindel fest. Inzwischen greifen an anderen Orten thätfrächtige Kollegen ein und berufen oder verlangen die Berufung von Versammlungen, die unbeeinflussten Vorstände berufen selbst solche und neun Zehntel der Versammlungen erkennen das Verhalten des Redakteurs als richtig an. Daß dieser auf die Behauptungen, er habe bisher sinnlos an allem mitgearbeitet, den dokumentarischen Gegenbeweis liefert, wird für ihn zum neuen Verbrechen.

Die leitenden Personen schämen sich nicht, dem Schreiber dieses persönliche Motive zu imputieren, während dieser wiederholt erklärte, sofort verkommen zu wollen, wenn die für die Gehilfen zum Unheil führende Tarifgemeinschaft abgelehnt wird. Persönliche Interessen hat der Redakteur im Gegenteil hintangestellt. Ziel es auch im spafshaften Ton, als der Verbandskassierer nach den Leipziger Tarifverhandlungen ihm auch eine 2½ prozentige Gehalts-erhöhung zusicherte — damals waren die Gehilfenvertreter und der Verbandsvorsitzende über den Ausfall der Verhandlungen voll des tollsten Galgenhumors, wie auch Herr Döblin über die Gehilfenvertreter weil sie bei der Vorkonferenz, einschwenkten wie die Unteroffiziere“, auf dem Kommerz in verächtlichster Lustigkeit sich gefiel —, so ist es doch wahr, daß der Redakteur durch gebuldiges Eingehen auf die „Friedensbestrebungen“ des Verbandsvorstandes sich dessen dankbares Wohlwollen erkaufte hätte. Aber die Entrüstungskomödie der Herren Bärenstein-Kamm-Baensch in der Subkommission, über das gar zu niedrige Gehalt des Correspondent-Redakteurs war doch ein wenig zu plump gespielt, als daß sie diesem nicht hätte die Augen öffnen sollen. Wir betauern nicht gerne unsere Ehrlichkeit, wie es andere Leute wiederholt zu thun nötig fanden, allein das was uns doch zu starker Tabak, diese Herren Prinzipale für das Wohlergehen des Correspondent-Redakteurs, den sie kurze Zeit vorher von den Verhandlungen ausschließen wollten und seit Jahren als den Generalheher verfolgten, ins Zeug gehen zu sehen!

Im liebevollen Handbrieken mit den Herren auf beiden Seiten hätten wir unsern persönlichen Vorteil jedenfalls weit sicherer gewahrt als durch die Aufnahme eines Kampfes mit diesen starken Gewalten — ein einzelner gegen so viele, der stürzen mußte, wenn ihm die Kraft fehlte, die Kollegenschaft von der Rechtllichkeit seines Thuns schnellstens zu überzeugen.

Wie partellos der Correspondent geleitet wird, das lehren seine Spalten, welche die schofelsten Invektiven gegen den eigenen Redakteur mit stoischer Duldsamkeit

enthalten. Nicht eine Einsendung von gegnerischer Seite ist abgewiesen, dagegen hat der Redakteur die zahllosen Zuschriften, in denen subjektiv ihm beige-pflichtet wurde, mit einem allgemeinen Dankesausdruck bei Seite gelegt. Er vertraut auf die Urteilsfähigkeit der Kollegenschaft und hat dabei bisher recht behalten.

Ein Konferenzteilnehmer führte aus, ein sachlich gehaltener Artikel gegen die Tarifgemeinschaft hätte genügt, sie zu verbinden, Gash hätte eher einschreiten müssen. Hat der Herr Kollege die fundamentalen Artikel über die Tarifgemeinschaft in den drei Nummern vor den Leipziger Tarifverhandlungen (vom 8. bis 14. April) nicht gelesen? Und brauchte es bei der ablehnenden Haltung der deutschen Kollegenschaft gegen die Tarifgemeinschaft, nach den Nachschlägen, die sie früher den Gehilfen gebracht, noch der einbringlichen Warnung durch einen einzelnen? Und wäre es damals keine Disziplinlosigkeit, keine Insubordination gewesen, die Harmonieanatiker in ihrem Treiben aufzuhalten? Der Zentralvorstand arbeitet wie von einer geheimen Macht gezwungen seit Jahren der Tarifgemeinschaft, dem Untertrieben in die Notmäßigkeit der Prinzipale zu. Er fordert „Unterordnung unter die Verbandsleitung, soweit tatsächliche Fragen in Betracht kommen“ (s. Prot.) und erklärt die Tarifgemeinschaft, die Aufhebung der Selbstständigkeit in der Lohnfrage für eine Frage der Taktik. Mit seinem Gauvorstandsapparat ist der Zentralvorstand seit Jahren gegen den Redakteur zu Felde gezogen und hat ihn teilweise in Schach zu halten verstanden, mancher reaktionäre Schritt wurde allerdings trotzdem verhindert. In der jetzigen Bewegung hat der Redakteur zu den wunderbaren Vorgängen, wie schon bekannt, auch nicht geschwiegen; er sandte am 7. März, als der Zentralvorstand der Bewegung mit dem Zirkular eskalant die Spitze brach, daß „unter allen Umständen auf friedlichem Wege“ die Tarifrevision zu Ende geführt werden müsse, das Telegramm an den Zentralvorstand:

„Gesamte Redaktion einig, daß auf Boden heutigen Zirkulars nicht zu arbeiten. Sofort zur Fertigstellung der Nummer herkommen. Gash. Härtel. Schmitz.“

Damals wollte es der Redakteur zum Bruch kommen lassen, aber Döblin ordnete sich scheinbar unter und erließ die Bekanntmachung in Nr. 29 und billigte den Artikel in Nr. 30, welche beide Auslassungen entgegengesetzten Inhalts als das Zirkular waren. Als die Verhandlungen am 11. März das schlägliche Resultat ergaben, that der Redakteur wieder das möglichste, damit die Forderungen gleich durchgesetzt würden. Er blieb isoliert, der Zentralvorstand und seine getreuen Paladine wollten nicht vorwärts. Es hätte eine Niederlage eintreten müssen, wenn jetzt der Redakteur die Kollegenschaft gegen die Führer hätte zum Kampf hinreiben wollen und dieser Alternative durfte er die Gesamtheit nicht aussetzen. Besonders nachdem Döblin, der, um seine „Verhandlungen“ zu erlangen, noch am 4. Januar zur Kündigung schritten wollte, am 12. März in Leipzig der imposanten Versammlung den Schlagel über den Rücken goß, wir hätten keine ischlagerige Armee hinter uns, was die Zeitungen andern Tages verständnisinnig brachten und Baensch-Duquelin bei den Verhandlungen geschickt verwertete — Herr Nibel wiederholte dasselbe bei der Berichterstattung am 19. April —, hätte sicherlich bei einem Kampf der Beweis erbracht werden müssen, daß Döblin die Lage kannte. War es doch 1891 ebenso. Der Zentralvorstand ließ die Prinzipale ihre Klüftung vollenden und sich nach den Wundertönen von Maßregelungen von den Leipziger Kollegen bzw. deren Führern zum Kampfe drängen, verhungte ihn durch sein schwächliches und verdächtiges Gebaren und machte hinterher Leipzigs Kollegen zum Sündenbock. Mehr als einmal hat Döblin gesagt, daß die Niederlage notwendig war, um die Gehilfenchaft auf besseren Einsicht für seinen „friedfertigen“, d. h. Hirsch-Dunderischen Standpunkt zu bringen. Die Buchdrucker haben die Milch der frommen Denkart jedoch dennoch nicht eingesogen. Und die Redaktion wollte sie nicht zum zweitenmal zum Objekt Döblinischer Belehrungs- und Befehrmannieren ausliefern. In ihrer jetzigen starken Verfassung ist der Sieg des Hirsch-Dunderianismus ausgeschlossen; daß der Redakteur nicht einen empfänglicheren Gehilfenkörper schuf, auch nicht vorzeitig sich den Doktor Eisenbart ans Messer lieferte, als sie noch hätten ablegen können, daß sie die Gehilfenchaft in die Hände der Gegner spielen wollten und ihn als Verhinderer eines guten Ausfalls der Tarifverhandlungen hinstellen konnten, das mag freilich unangenehm empfunden werden.

Bei dem jetzigen Konflikt, darüber lassen sich die Kollegen nicht täuschen, dreht es sich einzig darum: sollen die organisierten Buchdrucker an der Seite der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine, der Evangelischen Arbeitervereine, der pudeltreuen Bergmannsvereine ufm. der politischen Reaktion und der Unternehmerschaft Gespanndienste leisten oder sollen sie eine mobile Abteilung der modernen Arbeiterbewegung bilden? Auf die erstere Rolle arbeitet die Zentralleitung, wie jetzt erklärlich wird, im Stillen seit Jahren mit allen Künsten der Sophistik hin: wir erinnern bloß daran, daß der Verbandsvorsitzende auf der Breslauer Gen.-Vers. den ungeheuerlichen Vorschlag machte, daß die Verbandsmitglieder sämt-

lich in die Prinzipalskaffe treten möchten, wach guter Rat allerdings unter einem Sturm des Widerpruchs begraben wurde. Gleichwohl brachte er ihn bei der Gausvorsteherkonferenz im November u. z., die offenbar speziell ihm dazu dienen sollte, wieder an. Die nach dem Neunstundenkampfe erfolgte Anschließung der Buchdrucker an die Sozialdemokratie erklärte er in einem Briefe nach Amerika als „Kulturerei“. Der Corr. sollte stets gegen die Partei ankämpfen, das erklärte er sophistisch als „Rückgrat auch nach links“ und jeder kleine Knüttel in einer Partei-druckerei war ihm recht, den Redakteur auszuwerfen, hier Lärm zu schlagen und demselben vorzuwerfen, daß er es mit der Partei nicht verderben wolle. Die Kette der versteckten Bemühungen, die Buchdrucker-gehilfen ins arbeitereigene Lager hinüberzuleiten, ist unendlich. Unsere Gegner behandelte der Verbandsvorstand immer sehr zartfühlend, den Verband gegen dieselben zu verteidigen überließ er im wesentlichen dem Redakteur. So wurde dieser beim Gutenbergbund und dem Typograph, bei den Prinzipalen und ihrer Presse, bei dem Hirsch-Dumreicher Gewerkeverein, und den kapitalistischen Zeitungen der bestgehabte Mann, Herr Döblin dagegen der brave Sohn, der gemäßigste Führer, der seine Not mit den „Radikalen“ habe. Niemals hat er den Corr. desavouiert. Längst vereinigt sich die Stimmen derjenigen, die heute zu Döblin halten, mit der seinen, um dem Corr. bei Bekämpfung der verschiedenen Antipoden und der wirtschaftlichen und politischen Gegner — denn auch solche mischten sich in unsere Angelegenheiten, z. B. der bekannte Dr. Victor Böhmert, dessen Abweisung im Corr. der Zentralvorstand sehr rühmlich nahm — nicht etwa beizustehen, sondern ihm in den Arm zu fallen. Alle die Gesetze — der sich vor den Berliner Verhandlungen rühmte, bei den Prinzipalen eine „gute Nummer“ zu haben, er verdient sie auch —, Steinbrück, Amie, Klapproth, Reismann und wie sie heißen, sind uns alte Bekannte; andere sind im Laufe der Zeit vom „Radikalismus“ zur Zahmheit übergegangen, von erbittertesten Feinden Döblinscher Unterwürfigkeit zu seiner Leibgarde geworden — wie diese fortlaufende Umwandlung vor sich gegangen sein mag, müssen die Leser erraten. (Ein klassisches Beispiel bietet Herr Nibel. Ihm konnte der Gewerkeverein früher nicht radikal genug sein. Als 1892 der Vorstand die Tarifverflechtung durch die Prinzipale sanktionierte, trat ihm Nibel scharf entgegen, eine Leipziger Versammlung, wo Döblin sich verteidigte, erklärte, daß die Handlungsweise des Vorstandes die Gehilfeninteressen schädige und Nibel führte aus, daß der Vorstand sein Amt niederlegen müßte. Jetzt ist Döblin nach Nibels Ausspruch der größte Gewerkschaftsführer, den der Verband je gehabt!) Kurz, es ist dem Zentralvorstande gelungen, die energischsten Leute zu Mameluken der Gegner umzumodeln und daß seine Ministerarbeit beim Corr. nicht verding, das hinderte von jeher die Uebereinstimmung mit dessen Redakteur, schien sie auch dann und wann dann Döblins gesellschaftlich glatter Außenseite für einen Augenblick gekommen.

So konnte denn auch auf der Konferenz der Verbandsvorstände sagen, daß er die „moderne Arbeiterbewegung“ in Gänze gekannt habe, weil ihm der Redakteur früher gesagt, er müsse der modernen Arbeiterbewegung Rechnung tragen. Tatsächlich nahm der Redakteur immer den Standpunkt ein und hat ihn gegen den Zentralvorstand in vielen heftigen Auseinandersetzungen gewahrt, daß er das Organ unbedingt vom Gesichtspunkt der Klassengegensätze leiten müsse und daß es insofern auch da sei, ausfüllend zu wirken und mit diesem Grundsatze steht und fällt die jetzige Redaktion (dieses das „Zugehörnis“ an Nibel, nämlich in der Leipziger Versammlung). Aber daß der Verbandsvorstand in der That ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie ist, das werden wir noch en masse beweisen.

Er sagt, wir wären mit dem Kampfstandpunkt in den letzten fünf Jahren zurückgekommen, dabei knüpft sich die großartige Regeneration des Verbandes allein an diese Haltung. Daß nach der Niederlage die Kollegenschaft eine Weile sich fügen mußte, versteht sich von selbst und bei aller Sorge um das Verbandsansetzen ist es doch ein Spektakel, den Kollegen, die „verdeckt“ standen, heute daraus eine Schande zu machen, nachdem der Zentralvorstand die Jahre hindurch zum Duzen aufgefordert, angeblich, weil dies notwendig, sogar im Jahre 1892 den Prinzipalstarik anerkannt hat und jetzt noch mit Mann und Maus in die Prinzipalskaffe marschieren wollte. Wo man hingreift Spiegelschere und Trugschlüsse! Und so bekommt denn auch seine rechte Hand, der Herr Klapproth, Schmerzen, daß Gash ein Blatt gründen und damit sorgen wolle, daß der Verband ein „Kampfeverein“ werde. Ja, wäre das letztere denn ein Unglück? Für die schlechtentlohnenden Buchdruckergehilfen, die es noch nicht mit Hilfe von kurz vor dem Neunstundenkampfe erhaltenen Prinzipals-hypotheken zu einem Haus im Werte von 90000 Mk. gebracht haben, sicherlich nicht! Nach solchen Verbindungen erweckt es doch leicht den Anschein, als würde der Kampf mehr gescheut, wegen der Bunden, die er den Prinzipalen schlägt, als wegen jener, welche die Gehilfen davontragen.

In Bezug auf die Tarifangelegenheit ist bei der Gausvorsteherkonferenz so gut wie nichts herausge-

kommen. Herr Goldschagg stellte fest, daß die ganze Bewegung, wie auf der früheren Konferenz ausgemacht worden sei, auf „friedlichen“ Wege erledigt werden sollte. Herr Nibel bezeichnete den Zentralvorstand als Außer und Mahner, der die Kollegen zur Bewegung ausgerüttelt habe. Bis zu einem gewissen Maße trifft das zu, es ist nur die Frage, zu welchem Zwecke die Aufrüttelung erfolgte, und das lassen wir Herrn Klapproth feststellen (in der letzten hannoverschen Versammlung): „Um die Prinzipale zu Verhandlungen zu zwingen“. Diesen Verhandlungen jagt der Zentralvorstand schon seit Jahren unbegreiflicher Wette nach, um — wir wissen nicht, in welchem Auftrag, in dem der Gehilfen jedenfalls nicht — die Tarifgemeinschaft wieder herzustellen. Diese Bemühungen setzte er sogar nach den schimpflichsten Demütigungen fort und weil die Prinzipale so lange sich nicht ipsephen ließen, soll es schon ein „riesiger Sieg“ sein, daß sie sich diesmal mit Herrn Döblin an den Tisch setzten; darum darf man doch die Abmachungen nicht als eine Niederlage betrachten! Aber früher, wo die Gehilfen nicht kampffähig waren, hatten die Prinzipale es ja gar nicht nötig zu verhandeln und es war die höchste Lastlosigkeit, ihnen damals immer nachzulassen, die Gehilfen wurden dadurch bloß kompromittiert und als der Gnade bedürftig dargestellt, wie dies z. B. im Neunstundenkampfe durch die fortwährenden Einigungs-gesuche ebenfalls geschah. Es steht eben Sytem in der Unterschätzung der eigenen Kraft. War nun schon die Bewegung von vornherein als „friedliche“, als Gelegenheits-„Verhandlungen“ problematischer Natur gedacht und wurde sie als solche weiter behandelt (s. die Kombination Döblin-Schleibs in nächster Nummer), so konnte aus ihr ein anderes Produkt als das gegenwärtige niemals entspringen. Und es ist ja so ganz nach dem Herzen des Zentralvorstandes, der bloß „Vorteile“ in dem Pakt sieht! Vorteile, die die Prinzipale jedoch „bedingungslos“ angenommen haben auf ihrer Generalversammlung! Wie wird nun die Abmachung gerechtfertigt? Der Verbandsvorstand beruhigt mit seiner jenen Dialektik, daß, wenn sich der Verband zurückziehe, die Tarifgemeinschaft jeden Boden verliere, denn die Nichtverhandler könnten die Kosten nicht aufbringen. Wir wollen aber nicht erst in die Gefahr uns begeben, denn die Prinzipale wissen, daß der Verband bloß geschundenwiederherauskommt! Und die Gefahr dergleichen Aufhebung des Koalitionsrechtes durch das Buchdruckeremulium ist nicht zerstreut. Ein Redner hat die Handarbeit als Bedingung der gemeinschaftlichen Vereinbarung der Arbeitsbedingungen ausgeklügelt; als wenn die an Maschinen beschäftigten Arbeiter besser ihre Lohnbedingungen diktiert könnten! Die Konkurrenzverhältnisse sollen auch Grund dazu sein — dagegen spielen die Arbeitslöhne so wenig bei der Konkurrenz eine Rolle, daß die bestrentendsten Firmen ihre Leute oft an schändlichsten bezahlen. Der rheinische Gausvorsteher hielt die Tarifgemeinschaft in Rücksicht auf seinen Gaus für das Beste — wahrscheinlich, weil die rheinischen Prinzipale vom Tarif nichts wissen wollen und damit dokumentieren, daß sie zu einem anständigen Lohn gezwungen werden müssen. Rosenlehner in Bremen hielt die Beseitigung der Tarifgemeinschaft für einen großen Fehler und donnerte andern Tags in der Hamburger Versammlung gegen den Schreiber dieses los, daß er in der Gausvorsteherkonferenz im Januar seine Idee eines Vereinstarifs (verbandsseitigen) nicht unterstützt habe (weil die Gausvorsteher für viel weniger damals nicht mal zu haben waren). Für Massini sind die tariflichen Festsetzungen in ungünstigen Zeiten von hohem Wert, wo nämlich kein Prinzipal, wenn nicht die Gehilfenorganisation ihn anhält, sich um einen Tarif kümmert. Die Tarifverhandlungen von diesmal verglich er mit dem Friedensschluß beim Berliner Bierbofott! Schlag war erlich und sagte, wir müßten für die halbe Stunde mit Abtupung und die 50 Pf. das andere mit „in Kauf“ nehmen! Damit sind die Motivierungen der Herrn Gausvorsteher erschöpft, und sie gerieten nun darüber in Streit, daß, wie Massini sagte, den Mitgliedern nicht klar genug gemacht worden sei, wie die Abmachungen „zu verstehen“ seien, es blieb fraglich, ob der Redakteur, der Vorstand und die Gausvorsteher oder die Gehilfenvertreter hier zu wenig „gethan“ hätten. Das Versäumte soll jetzt nachgeholt werden und der Corr. wird bereits von einem Wolfenbruch von „Kommentaren“ heimgeschickt. Kollegenschaft, rette dich!

Die Gausvorsteher haben also leeres Stroh gedroschen. Sie waren zusammenberufen, den Korrespondenten zu knebeln und sie haben dem Verlangen der Mitglieder auf Einberufung einer Generalversammlung stattgeben müssen. Leute wie Brauch, die zu Hause von der Absehung des Korrespondent-Redakteurs schwärmten, kamen nach Berlin, behaupteten, sie seien herbeigekommen, um Gnade vor Recht walten zu lassen, jetzt aber (nach der Berliner Versammlung) seien sie für Absehung. Aber die Nürnberger denken keinen, sie hätten ihn denn! Jetzt hat natürlich der Vorstand die Generalversammlung beantragt, noch in Dresden aber wollte Döblin höchstensfalls bloß Urabstimmung und auch eingangs der Konferenz heißt es Urabstimmung oder Generalversammlung. Ja, die Generalversammlung ist ein zweischneidiges Schwert! Um eine Generalversammlung einzuberufen, dazu

brauchten die Gausvorsteher aber nicht zwei Tage lang in Berlin zu sitzen, das konnte von Hause aus geschehen. Den Mitgliedern ist jedoch ein „ausführliches Protokoll“ unterbreitet, das nicht etwa ein Stenograph, sondern das der Vorstand geschrieben hat. Das ist alles keine Mache!

Außerdem betrachte jeder die Tagesordnung der Generalversammlung. Der Vorstand und die „verantwortlichen Gausvorsteher“ als Tariforgane des Vorstandes treten bescheiden zurück und deuten mit feiner Silbe an, daß sie auch über ihre, den Aufträgen der Allgemeinheit direkt zuwiderlaufende Haltung bei der Tarifbewegung die Generalversammlung wollten zu Gericht sitzen lassen, bloß dem Korrespondent soll auf den Kopf gestiegen werden. Zur Antragstellung für die Generalversammlung wird gar nicht aufgefordert, obgleich jedes Mitglied sich sagt, daß solcher Willkürwirtschaft, wie sie seit Jahren und besonders diesmal zum ungemeinen Schaden der Kollegenschaft getrieben worden ist, ein für allemal ein Ende bereitet werden muß, durch Zurücknahme der weltlichen Befugnisse der Funktionäre auf die Gesamtheit der Mitglieder. Ein jeder trägt es auf der Zunge, daß nunmehr unsere Organisation schnellstens auf breiter, demokratischer Grundlage aufgebaut werden muß.

Nun, die Mitglieder werden auch jetzt ihre Rechte und ihren Willen zum Ausdruck zu bringen wissen. Jede Mitgliedschaft ist berechtigt, Anträge zu stellen. Die Hauptsache ist vorderhand natürlich die Wahl. Die Gausvorsteher haben eine noch nie dagewesene Bearbeitung der Mitglieder in Aussicht genommen. Das schrecklichste, was den Herren passieren könnte, scheint zu sein, daß sie einmal nicht zur Generalversammlung reifen dürften. Denn, sagte Nibel, „Gash macht sogar Stimmung dafür, daß zur einberufenden Generalversammlung Gausvorsteher nicht als Delegierte werden!“ Welch Kapitalverbrechen! Doch verweilen wir einen Augenblick bei der Moritath.

Erfiens haben die Herren Gausvorsteher durch ihre Konferenzbeschlüsse selbst vorzüglich gegen sich Stimmung gemacht, indem sie die Meinung der Mitglieder in der Streitangelegenheit fühl außer acht ließen und durch Dick und Dünn mit ihrer „vorgelegten Behörde“ marschierten. Aller Voraussicht nach wird dies zur Folge haben, daß sie kein Mandat bekommen, denn die Mitglieder werden doch an solche Kollegen ihre Mandate vergeben, die ihres Sinnes sind und die Oberen haben zwar Verfügungen zu Gausvorsteherkonferenzen — zu denen unbequeme Bezirksvorsteher „als Gäste“ eingeladen werden, um womöglich eine „erzehliche Wirkung“ zu genießen — zu vergeben, aber leider keine Generalversammlungsmandate. Doch ist es denn rein objektiv angängig, die Gausvorsteher zu dieser Generalversammlung zu schicken?

Die Generalversammlung ist die „Volksvertretung“, im Unterschied zu der Regierung. Die dort erscheinenden Abgeordneten sollen die Handlungen und Unterlassungen der amtsführenden Personen begutachten und ihnen zustimmen oder sie verwerfen. Ist es nun, wo die Gausvorsteher vom Zentralvorstand als Mitbestellte mit verantwortlich gemacht werden für die hinter uns und vor uns liegenden Schritte und die Abmachungen, über die der Streit ausgebrochen ist, und wo sie diese Verantwortung auch auf sich genommen haben (siehe Bef. in vor. Nr.), rein sachlich betrachtet, zulässig, daß dieselben Personen, die ein gewisses Amtsgeschäft vollführt haben, auch darüber befinden, ob ihre Arbeit gut und richtig war? Werden sie nicht selbstverständlich zu dem Schlusse gelangen, daß sie alles vorzüglich eingerichtet haben und braucht man, um dies zu erfahren, nachdem man es schon aus der Gausvorsteherkonferenz weiß, noch einmal dieselben Herren als Generalversammlung zu installieren? Das wäre doch gewiß zweckwidrig. Wer aber meint, daß ja doch auch andere Kandidaten dabei mit gewählt werden, der bedenke, welche schweren Stand sie bekommen, wenn sie bereits einen Stamm vorfinden, der seine eigenen Thaten beschämt und hütet.

Bei den diesmaligen und künftigen Wahlen wird die Kollegenschaft, gewichtig durch die Abweichung von ihren Beschlüssen, jedenfalls in den großen Fragen gebundenes Mandat mitgeben, und überhaupt nur Kandidaten wählen, die dieses Programm von selbst verstehen und es sich nicht aufzwingen lassen oder so freunlich sein wollen, zwar demgemäß zu stimmen, aber — was auch schon da war — vorher dagegen zu reden, um eine entgegengesetzte Mehrheit herbeiführen zu helfen.

Die Herren Gausvorsteher haben in ihrer Mehrheit den Mitgliedern in wiederholten Konferenzen ein so ungenügendes Zeugnis ausgestellt, und erklärt, daß sie nichts machen könnten mit der mutlosen Gesellschaft, daß sie es kaum werden über sich bringen können, ein Mandat anzunehmen, um nachher wieder ratlos sagen zu müssen, der Karren steckt im Sumpf, wir können ihn nicht herausziehen. Mögen sie dies Männern überlassen, die sich die Fähigkeit vertrauen, die ein besseres Urteil von den Kollegen haben und größerer Selbstvertrauen. Damit ist ihnen und der Organisation geholfen!

Die Generalversammlung soll am 7. Juli beginnen!

Telegramm

in der kapitalistischen Zeitungspreffe.

Berlin, 10. Juni. Die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins nahm den neuen Buchdruckerarif bedingungslos bei geringer Stimmenthaltung an.

Herr Ramm erklärte frank und frei als des Tariffs Kern: Die Vorteile für die Prinzipale seien darin zu suchen, daß es späterhin unmöglich gemacht sei, von seiten eines beliebigen Gehilfenvertreters oder durch das Gehilfenblatt Correspondent die Gehilfenschaft zum Kampfe gegen einzelne Druckerien aufzureizen. Auch Herr Bügenstein wies auf die Nachstellung der Prinzipalität hin, die durch die Einführung des Tariffs geschaffen werde. In der Debatte herrschte eine gehobene Stimmung und unter lebhaftem Beifalle der vierzig anwesenden Delegierten wurde der neue Tarif, der schon am 1. Juli in Kraft treten soll, einstimmig angenommen.

Als die „Vorteile“ des neuen Tariffs sollen den Gehilfen nicht verloren gehen. Unsere wirtschaftlichen Gegner wissen den ihnen von den Gehilfenvertretern bewilligten Tarif zu schätzen. Auf der Generalversammlung annehmen und einführen und halten ist übrigens zweierlei!

1887er Faschingswahlen

für die Generalversammlung inszenieren die Verbandsführer. Stimmt ganz in Döblins System. Folgendes Ritual, eine neue Schmach für die Gehilfenschaft, läßt der Berliner Gauvorsteher für Berliner Gehilfengeld los:

Kollegen! Die am 5. und 6. Juni d. J. in Berlin stattgehabte Konferenz der Gauvorsteher hat den Zentralvorstand beauftragt, in kürzester Frist eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um den Mitgliedschaften Gelegenheit zu geben, über die frivole Tariffrage ihr Verbot abzugeben. Die Kollegen werden darüber zu entscheiden haben, ob sie mit einem vereinbarten Lohnarif oder ohne jegliche tarifliche Vereinbarung in Zukunft wirtschaften wollen.

Nach Beendigung des Ausstandes 1891/92 wurde zwischen Bügenstein und Döblin die Vereinbarung getroffen, daß der alte Tarif nur so lange weiter gelte, bis ein neuer zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft vereinbart ist; lehnt nun die Gehilfenschaft die zwischen den Vertretern der Prinzipalität und der Gehilfenschaft zur Zeit getroffenen tariflichen Vereinbarungen ab, so hört selbstverständlich jede Vereinbarung auf, mithin auch jede Verpflichtung der Prinzipalität, die alten oder neuen Bestimmungen aufrecht zu erhalten. Es entsteht in Wirklichkeit dann eine tariflose Zeit — die Tarifanarchie!

Ob dieser Zustand nun geeignet sein wird, die Lage der Gehilfenschaft zu verbessern? Mit dieser Frage hat sich die Kollegenchaft zu beschäftigen.

Wenn ein Tarif besteht, so ist damit eine Unterlage vorhanden, nach welcher die Gehilfenschaft entlohnt wird, ihr ein Recht zuseht, auf Grund desselben einzugreifen, ihr Recht vor den Gewerbe- oder Schiedsgerichten zu verteidigen und zur Anerkennung zu bringen. Ohne Tarif ist die Gehilfenschaft der Willkür der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben!

Eine allgemeine Lohnscala für das gewisse Geld sowohl wie für das Berechnen hat damit aufgehört zu existieren und das vornehmste Recht der Gehilfen, das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist damit ausgehen. Die Prinzipalität wird einseitig einen Tarif festsetzen, welcher den Erwartungen der Gehilfen noch weniger wie der jetzige entsprechen wird — und der Kampf wird beginnen!

Kollegen! Der Tarif ist das Rückgrat der Verbände. Nur wenn ein solcher existiert, kann die Organisation ihren Mitgliedern Anweisungen geben, unter welchen Bedingungen dieselben zu arbeiten haben.

Nun wird zwar gesagt, tarifliche Festlegungen verhindern die Gehilfenschaft bei existierender guter Geschäftskonjunktur ihre Arbeitslöhne und Arbeitszeit aufzubessern. Vorausgesetzt, daß diese günstige Geschäftskonjunktur wirklich einmal eintreten wird, und zugegeben, daß diese Ansicht dann eine richtige ist, so muß man eben überhaupt mit dem Tarife brechen, denn es dürfte sich keine Prinzipalität finden, welche das in guter Geschäftszit Erreichte, in schlechter Zeit aufrecht erhält, sondern genau wie die Gehilfen die Konjunktur ausnützen und den Lohn so tief wie möglich herabzubringen bemüht sein wird; dies wird ihr dann um so leichter gelingen, weil die Arbeitslosigkeit und die Not unter den Gehilfen eine große ist.

Als bei der letzten Bewegung die Gehilfenvertreter auf die Propositionen der Prinzipalität nicht eingehen konnten und durften, wurden die Verhandlungen abgebrochen und es begann sofort der Kampf, zwar nicht unsererseits, sondern durch die Prinzipalität, indem sie sofort Hunderte von Kollegen auf die Straße warf und dadurch die Gehilfenschaft zwang, zu ungelegener Zeit in den Kampf einzutreten. — Bei Ablehnung des Tariffs kann etwas Aehnliches geschehen!

Wenn nun auch die Gehilfenschaft einen ihr aufgezwungenen Kampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln durchzuführen dürfte, so darf doch kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Chancen eines Kampfes in dieser Jahreszeit für die Prinzipalität günstiger als bei der Gehilfenschaft liegen.

Da die außerordentliche Generalversammlung dazu berufen sein wird, für oder gegen tarifliche Abmachungen ihre Stimme zu erheben, so glaube der Unterzeichnete die Pflicht zu haben, auf diesen wesentlichen Punkt, welcher bisher unerörtert geblieben, in dem augenblicklich entbrannten Kampf aufmerksam zu machen.

Albert Massini.

Sophismen und nichts als Sophismen! Wenn diesmal kein neuer vereinbarter Tarif zu Stande kommt, werden eben die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen überall weiter gelten und niemand wird sie der kampfergrühten Gehilfenschaft anzutafeln wagen.

Daß die kapitalistische Ausbeutung sich einmal durch ein Blatt Papier hat bezähmen lassen, diese Hypothese ist Massini würdig!

Eben weil die Gehilfen ihr Mitbestimmungsrecht nicht fünf Jahre hingeben wollen, sondern es sich alle Tage so wie vom 21. Februar d. J. ab gesehen fordern, aber dann besser Gebrauch davon machen wollen als ihre diesmaligen Sachwalter, weil sie ihre Gemeinshaft vor der Vermumpfung sowie das Koalitionsrecht schützen wollen, darum lassen sie sich nicht in die Banden der Prinzipalität führen.

Daß Herr Massini den Prinzipalen geradezu anrät, einseitig den Tarif festzusetzen und in der jetzigen Jahreszeit, wo sie die Stärkeren wären, durch Maßregelungen den Kampf entzünden zu lassen, das ist bezeichnend für die Verderbnis, von welcher weite Kreise in der Gehilfenschaft angegriffen sind. Werden die Berliner Kollegen diesen Mann noch länger an ihrer Spitze dulden?

Herr Klapproth kielerte vor der Gauvorsteherkonferenz ein würdiges Musterbild zu dem Massinischen Erguß; er beantragte, „daß, wenn eventuell wegen des Tariffs Maßnahmen seitens der Prinzipale ergriffen werden, der Zentralvorstand mit den Gauvorständen „weiteres beschließen solle“; wurde angenommen. Hat Herr Klapproth Bitterung oder war der Wunsch der Vater des Gedankens?

Mitglieder des Verbandes, ihr werdet euch der Aufgabe gewachsen zeigen, den Augiasstall zu reinigen und mit euren Wiberkämpfern, wo sie sich zeigen, fertig werden. Noch ist der Simion Gehilfenschaft nicht seiner Stärke beraubt!

Korrespondenzen.

r. Arnstadt, 8. Juni. In der heute hier abgehaltenen Vereinsversammlung, in welcher die gegenwärtige Lage besprochen wurde, kam folgende Resolution zur Annahme: Die heutige Vereinsversammlung spricht ihr Bedauern über die Haltung der Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen aus und protestiert gegen eine geplante Maßregelung des Corr.-Redakteurs seitens des Zentralvorstandes. Kollegen Gash brütet die Versammlung ihre volle Sympathie aus und hofft, daß derselbe auch fernerhin die Interessen der Gehilfenschaft wahren werde. Auf Antrag wurde die Anschaffung der Broschüre, „Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker“, für jedes Mitglied aus der Obligatorien des Corr. für jedes Mitglied in Kraft.

J. B. Baden-Baden. In der Samstag den 6. Juni, abends 9 Uhr, im Gasthause zum Elephanten abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung sprachen sich die meisten Kollegen sehr mißbilligend über das Verhalten des Verbandsvorstandes aus. Man sei im Gegenteil Herrn Redakteur Gash zu besonderem Danke verpflichtet, daß wenigstens er die richtige Bahn eingeschlagen. Zum Schluß wurde folgende Resolution beinahe einstimmig angenommen: Die Versammlung spricht ihre vollständige Uebereinstimmung mit dem Corr.-Redakteur aus. Sie erkennt die Gauvorsteher-Sitzung nicht als Gericht über den Redakteur an und hofft, daß durch eine Generalversammlung völlige Klarheit im Verbands geschaffen wird.

A. Barmen. Sonntag den 7. Juni, vormittags 1/2 11 Uhr, fand eine von gegen 70 Kollegen (auch Nichtmitgliedern) besuchte Ortsversammlung statt, in welcher Kollege Eitenworth-Essen auf Einladung des Vorstandes Bericht über die Tarifverhandlungen und seine Tätigkeit als Gehilfenvertreter erstattete. In längerer Ausführung teilte Redner mit, daß es leider nicht möglich gewesen sei, bei diesen Verhandlungen etwas mehr herauszuschlagen und daß die Gehilfenvertreter ihre volle Schuldigkeit getan und nicht anders handeln konnten. Nach der sich anschließenden lebhaften Diskussion, in welcher scharf kritisiert wurde, daß diese Abmachungen über die Köpfe der Gehilfen hinweggenommen worden seien und sich die Gehilfenvertreter überhaupt auf Verhandlungen eingelassen hätten, wurde folgende Resolution mit 24 gegen 12 Stimmen und bei verschiedenen Stimmenthaltungen angenommen: „Die Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die Haltung der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen. Selbige haben ihr Mandat dazu mißbraucht, eine Institution wieder ins Leben zu rufen, welche bei den Interessengegenständen zwischen Gehilfen und Prinzipalen nur dazu dienen kann, die Gehilfenschaft durch die wirtschaftliche und politische Uebermacht der Prinzipale auf das schwerste zu schädigen. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß den Prinzipalen keine Zugeständnisse wegdebatteiert, solche vielmehr nur durch den Druck und die Kraft der Organisation abgerungen werden können. Die Gehilfenvertreter werden aufgefordert, ihre Mandate sofort niederzulegen. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Corr.-Redakteur Kollegen Gash für sein mannhaftes Eintreten gegen das

reaktionäre Gewächs „Tarifgemeinschaft“ ihre volle Anerkennung aus und ist der Ansicht, daß nur durch Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung Klarheit geschaffen werden kann.“ In der Angelegenheit Döblin (Tarif-Gehilfenvertreter) contra Gash (Corr.-Redakteur) erklärten sich sämtliche Redner bis auf einen mit dem Vorgehen des letztern vollständig einverstanden.

s. Bayreuth. In der am vergangenen Sonntag abgehaltenen Monatsversammlung der hiesigen Mitgliederschaft wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung verurteilt entschieden das freiburger Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen in Berlin und nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Verhalten verschiedener Gehilfenvertreter gegen den Corr.-Redakteur. Die Versammlung spricht dem Corr.-Redakteur für seine bisherige Tätigkeit ihre volle Anerkennung aus, und wünscht, daß derselbe jederzeit auf der betretenen Bahn fortfahren möge. Zugleich verlangen wir die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung und die Mandatsübertragung der bezw. unfer Gehilfenvertreter.

B. Berlin. (Bericht über die Vereinsversammlungen vom 3. und 5. Juni.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag des Kollegen Salomon die Bericht-erstattung über die Tarifverhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt und dafür eine Diskussion über die Haltung des Corr.-Redakteurs gegen den Zentralvorstand gewünscht. Unter Vereinsmitteilungen brachte der Vorsitzende zur Kenntnis, daß in der Buchdruckerei von Schend fünf Kollegen entlassen wurden, weil sie tarifmäßige Bezahlung verlangten. Es handelt sich hierbei um eine wissenschaftliche Arbeit, wofür bisher der Aufschlag von 2 Pf. bezahlt wurde. Nach Einführung des neuen Tariffs glaubte Herr Schend nicht mehr den Aufschlag für wissenschaftlichen Satz bezahlen zu brauchen und entließ die Kollegen, als sie eine Klage anknüpften. Bezeichnend sind die einzelnen Auslassungen dieses Herrn. So meinte er: „Was ich hier und da mehr bezahle, schinde ich auf andre Art und Weise wieder heraus, einen Vorteil von dem neuen Tarife haben sie nicht.“ „Helfen Sie nur den Tarif umstoßen, dann können wir wieder freundschaftlich verkehren (!!) und Sie haben alle dauernde Kondition!“ Da diese Drucker stets ein Schmerzenskind für den Verein war, auch fortgesetzt infolge Maßregelungen unserer Kassen Oper auflegte, so erklärte die Versammlung die Buchdruckerei von Schend; Hollmannstraße 10, für Verbandsmitglied er geperrt. — Als Darlehen erhielten die Klavierarbeiter 6000 M., die Hilfsarbeiter 3500 M. Unterstützung. — Aufnahmegeheude kamen 24 zur Berlesung. — Hierauf wurde in die Diskussion über die Maßnahmen des Zentralvorstandes gegen den Corr.-Redakteur getreten. Als erster Redner erhielt das Wort Koll. Salomon, der ungefähr äußerte: Wie alle wissen würden, tobt ein furchtbarer Kampf zwischen Zentralvorstand und Corr.-Redakteur. Von Gash, der seine Meinung vertritt, werde gesagt, daß er keine Disziplin besitze, Redner behauptete aber, daß dieses beim Zentralvorstande der Fall sei, indem derselbe nicht den Willen der Mitglieder zur Durchführung bringe. Wer die Berichte aus dem Gauen Deutschlands verfolgt habe, der sehe, daß die Kollegenchaft bereits ihr Urteil gefaßt habe, indem Gash für sein mutiges Auftreten gedankt werde. Der Zentralvorstand wolle den Corr. zu einem Würstblatte degradieren und wer es wage, in dieser Weise weiter zu wirtschaften und sich so der Mehrheit entgegenzersetze, der werde gemaht. Redner weist auf die Bekanntmachung des Zentralvorstandes vom 30. Mai hin und bemerkt, daß es doch eine Dreistigkeit sei, wenn sich einzelne Personen herausnehmen, eine solche Sprache gegen einen Mann zu führen, der noch zur rechten Zeit den Mut fand, den richtigen Weg zu beschreiten. Ohne die Allgemeinheit zu fragen, auf welcher Seite das Recht liege, rufe man die Gauvorsteher zusammen, um über den von der Generalversammlung gewählten Redakteur zu Gerichte zu sitzen. Der Zentralvorstand setze alle Hebel in Bewegung, um sein Machtwort durchzudrücken, berufe Geheimkonferenzen ein und bearbeite so die Verbandsfunktionäre. Gash habe aber bereits die richtige Antwort gegeben und werde nötigenfalls auch wirklich von seinem Hausrechte Gebrauch machen. Die Tarifverhandlungen hätten bewiesen, daß man die Meinung der Mehrheit mit Füßen treten und den Verband zur Rupe gemacht habe. Gash habe bereits erklärt, mit welchen Mitteln er bearbeitet worden sei, dem Redner persönlich auch mitgeteilt, daß er infolge Aufregungen so heruntergekommen, daß er diese Versammlung nicht besuchen könne. Redner bringt jobann noch eine von Gash an verschiedene Kollegen gegebene „Aufklärung“ zur Berlesung. In derselben wird Döblin bejüchtigt gesagt zu haben, daß die ganze Opposition nur aus Besoffenen und Heruntergekommenen bestehe. Er meine, die Versammlung müsse durch Beschluß verhindern, daß der Gauvorsteher des größten Ganes diese zu Freitag emberufene Konferenz besuche. Er stehe auf dem Standpunkte, daß nur eine Generalversammlung über den Redakteur sich aussprechen kann (Großer Beifall). Giesede: Ich besitze nicht so viel Phantasie als Herr Salomon und erwarte auch nicht den Beifall, trotzdem werde ich meine Meinung frei äußern und erlaube zu diesem Zweck um größtmögliche Ruhe. Redner geht hierauf auf die Entstehung der Bewegung ein und meint, daß Berlin die Anregung zu dieser Bewegung gegeben habe. Leipzig sei in Aussicht genommen worden, zuerst vorzugehen, aber gerade durch die Leipziger Kollegen

unter Mitwirkung des Herrn Gajch sei der Termin hinausgeschoben worden. Die Berliner Kollegen hätten auf die Verhältnisse in ganz Deutschland Rücksicht genommen und gewartet, um dauernde und allgemeine Verhältnisse zu schaffen. Die Kollegen könnten doch unmöglich erwarten, daß die Prinzipale einen Tarif einführen würden, der nicht auf längere Zeit festgelegt werde. Wenn die Geschäftsvertreter und die gesamten Verbandsfunktionäre ebenso gehandelt hätten, wie Gajch jetzt, so wären sie die populärsten Personen in der Organisation. Aber dieselben müßten auch die Verantwortung tragen, falls die Organisation in Trümmern gehe. Gajch trage allerdings bei seiner wüsten Agitation keine Verantwortung. Wenn Salomon meine, daß Gajch den richtigen Weg eingeschlagen hätte, so stehe er (Redner) sowie ein großer Teil der Kollegen nicht auf diesem Standpunkte, denn wer zuerst mitberate und Vorschläge mache, die auch acceptiert wurden und dann unzufolge, der meine es nicht ehrlich mit der Organisation. So lange er (Redner) im Dienste der Organisation stehe, und seine Thätigkeit in derselben reiche sehr weit zurück, habe er eine solche Verfahrensweise, wie sie der Redakteur jetzt angereicht, noch nicht erlebt. Es gehe denn doch zu weit, wenn sich der besoldete Beamte nicht den Bestimmungen der Organisation fügen wolle und in dem Verbandsorgane ganz nach seinem Belieben schalte. Redner kann die Handlungsweise des Redakteurs nicht als ehrlich bezeichnen. Derselbe schloß mit den Worten: „Wenn ich Verbandsvorsitzender wäre, so hätte ich von den mir zugestandenen Rechten Gebrauch gemacht und den Redakteur im ersten Augenblick abgesetzt, jede Verantwortung dafür getragen und auch mein Thun vor der Generalversammlung vertreten. (Lebhafte Beifall.) Reismann schloß sich den Ausführungen Gajchs doll und ganz an, denn eine derartige Sprache, wie sie der bezahlte Angestellte jetzt zu führen beliebt, wäre denn doch nicht am Platze. Nicht der Vorstand und die Geschäftsvertreter, sondern Gajch sei es, der durch seine nicht verantwortliche Handlungsweise die Organisation den Gegnern ausliefern wolle. Redner ging sodann auf eine Artikelserie im Corr. vor der Bewegung ein und zog dabei eine Parallele zwischen dem Gedankengange des Redakteurs Gajch von damals und jetzt. Redner meinte, wenn uns nun Gajch erzählen wolle, daß er damals gegen seine innerliche Überzeugung so gehandelt habe, so erkläre er (Redner), daß ein Mann, der so schnell seine Gesinnung ändert, nicht fähig sei, weiter ein Arbeiterblatt zu führen und zu verlassen sei. Er stelle sich auf den Standpunkt, daß zwei so verschiedene Köpfe, wie Zentralvorstand und Redakteur im Augenblicke sind, nicht nebeneinander zum Segen der Organisation wirtschaften könnten. Da nun Gajch eine Zerspaltung der Geschäftsführung beabsichtige, so sei derselbe zu suspendieren, bis die einigberufende Generalversammlung gesprochen habe. (Beifall und Widerspruch.) Redner meinte, daß zehn, ja zwanzig Jahre nicht hinreichen würden, um das wieder gut zu machen, was der Herr Redakteur in den letzten Tagen verbrochen habe. (Beifall und Zwischenruf.) Hierauf wurde auf Verlangen die Rednerliste verlesen; es waren danach fünfzehn Redner eingetragen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen. Als nächster Redner erhielt das Wort Kollege Döblin. Derselbe führte aus, er habe zu der Tagesordnung zunächst zu bemerken, daß diese Differenz nicht zwischen dem Zentralvorstand und Gajch, sondern zwischen Zentralvorstand, Gauvorsitzern, Geschäftsvertretern und Gajch bestehe. Wenn man sich so furchtbar darüber entrüste, daß der Zentralvorstand eine Gauvorsitzertagung einberufe, so verweise er einfach auf das Statut, welches dem Zentralvorstande das Recht gebe, in wichtigen Fragen die Gauvorsitzertagungen zusammenzuberufen, und der bisherige Gang der Debatte habe bewiesen, daß man Recht gehandelt habe. Leider sei die jegliche Diskussion keine sachliche mehr, man bekämpfe sich wie die Wilden und doch sei es nur ein Kampf der Meinungen. Herr Salomon habe gesagt, der Zentralvorstand wolle eine Diktatur ausüben und thue alles, um allein zu herrschen, während die beiden anderen heutigen Redner behaupteten, daß derselbe nicht kräftig genug zugegriffen habe. Redner müsse konstatieren, daß Deutschlands Buchdruckerbewegung noch niemals in solcher Phase gestanden habe als jetzt. Wenn man sich vergegenwärtige, wie unhaltbar die Verhältnisse vorher waren, die überhaupt die Ursachen zu unserer jetzigen Bewegung bildeten, wie z. B. das Bedrückte, das Unterdrückte der Revere, wie ferner die Kollegen gestanden hätten unter den Prinzipalstufen, so werde man doch zugeben müssen, daß das einer so großen Organisation wie der untrigen unwürdig war. Nur durch unser taktisches Vorgehen sei es uns gelungen, diese Verhältnisse aus der Welt zu schaffen. Es wäre doch ein Leichtes für den Zentralvorstand, zu sagen: „Wir nehmen das uns Angebotene nicht an und legen los“. Aber er meinte, wenn dann die Sache schief ginge, wären dieselben Schreier, welche heute mit dem bisherigen ruhigen Verlauf unzufrieden sind, die ersten, welche uns dafür verantwortlich machen würden, daß man sie ins Verderben geführt habe. Wir waren bestrebt zu verhandeln und soviel wie möglich auf friedlichem Wege zu erreichen. Aber Gajch befehle dies Gefühl nicht, sein ganzes Vorgehen sei demagogisch. (Rufe: sehr richtig und Widerspruch.) Redner ging auf die ersten Verhandlungen in Leipzig ein und suchte zu beweisen, das es gerade Gajch war, als die Prinzipale für Drucker keine Verkürzung

eintreten lassen wollten, der die Ausnahmebestimmungen für die Drucker schuf, indem er äußerte, nicht einsehen zu können, daß man des fünften Teiles wegen die übrigen vier Teile auch leer ausgeben lassen sollte. Ebenso war es Gajch, der sich schon zurüben gehen wollte, falls die Prinzipale die Bestimmungen für Städte von 30000 Einwohnern auf 25000 festsetzen wollten. Auf diesem Standpunkte stand damals Gajch, während er (Redner) von vornherein Gegner aller dieser Sonderabmachungen war und schließlich vorschlug, um nicht ganz resultatlos auseinander zu gehen, als Grundgesetz 54 Stunden festzulegen, und schließlich sei ja auch in den meisten Druckorten die Arbeitszeit für Setzer und Drucker eine gleiche geworden. Auch sei Redner dafür eingetreten, daß der 1. Mai als Termin der Einführung des neuen Tarifs in den Großstädten festgelegt werde, was auch wie derselbe ausführte, außer Leipzig, wo die Prinzipale sich ja leider immer bodenbig zeigten, geschehen sei. Nun hätte man aber mindestens erwarten können, daß Gajch sich die Leipziger Prinzipale vornehme und diese an ihre Pflichten erinnere, statt dessen greife derselbe die ganze Geschäftsleitung an und die Leipziger Kollegen ließen sich von ihm bestimmen, alles über den Haufen zu werfen, ja er verallgemeinerte diese seine That und übertrug sie auf ganz Deutschland. Jetzt, nachdem die Großstädte den neuen Tarif eingeführt, sei Gajch bemüht, Verwirrung anzurichten, die auch schon ihre unheilvollen Früchte gezeitigt. Redner habe auch einen tiefen Einblick in das Treiben des Herrn bekommen und meine, daß Gajch, wenn er eine ehrliche und sachgemäße Taktik befolgen wolle, er nicht zu Hintertüren zu greifen brauche wie in Dresden, Leipzig und auch hier in Berlin. Aus alle diesem habe man sich überzeugen müssen, wie systematisch dieser Schritt vorbereitet war. Nun lüchle Gajch auch die Blätter der Arbeiterpartei als Bundesgenossen zu gewinnen. So fordere beispielsweise die Leipziger Volkszeitung die gesamte deutsche Arbeiterchaft auf, Einspruch zu erheben gegen die Abmachungen der deutschen Buchdrucker. Dagegen aber, daß ganz unsinnige Streiks inszeniert wurden, erhebe sich keine Stimme. Man behaupte von dem Redner, daß er das Wesen der Sozialdemokratie (Zwischenruf) nicht kenne, wichtiger sei es wohl, ihm nachzuweisen, daß er nicht das Interesse der Organisation vertreten habe. Redner meinte, es gehöre mehr Mut dazu, einer Gewerkschaft zu dienen und festes Rückgrat sowohl nach rechts wie nach links zu zeigen, als sich auf die Seite einzelner Schreier zu stellen, wie es Gajch thue. (Stürmischer Beifall und Zwischenruf.) Er gebe die Erklärung ab, daß, solange er die Mehrheit hinter sich wisse, er seine ihm aufgetragene Pflicht auch weiter thun und stets den Zerspaltungsbestrebungen des Herrn Gajch entgegenzutreten werde. Die letzte Generalversammlung habe Dank ausgesprochen für unser gemeinsames Zusammenwirken und Gajch war es damals, der feststellte, daß wir immer in bester Harmonie lebten. Jetzt bestehe es Gajch aber, allerorts mit Unwahrheiten gegen Redner zu operieren. So habe Gajch in seinem Schlußwort in der Leipziger Allgemeinen Versammlung Unwahrheiten und Verdächtigungen vorgebracht, die er (Döblin) nicht widerlegen konnte, weil er nicht mehr zu Worte kam. Sei das etwa anständig gehandelt? (Zwischenruf.) Redner habe sich überzeugt, daß Gajch auf ein Ziel hinarbeite, dessen Zeit er jetzt für gekommen erachte. Einen Redakteur halte Redner in sozialer Beziehung für einen Mann, dem das von Freunden Anvertraute heilig sei. Wie aber handele Gajch? Registrator schreibe ihm eine vertrauliche Karte, deren Inhalt Gajch der Gesamtheit preisgebe und noch dazu bemerke, er werde sie im Originale veröffentlichen. Andere Redakteure gingen lieber ins Gefängnis, ehe sie sich zum Verräter machen, aber der ehrenwerte Herr Gajch scheute sich nicht, vertrauliche Mitteilungen seiner Freunde der Öffentlichkeit preiszugeben (Zwischenruf). Redner ging sodann auf die im Verlage der Volkszeitung erschienene Broschüre „Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker“ näher ein und bezog dieselbe als ein Machwerk, berufen der Kollegenchaft Sand in die Augen zu streuen. Ebenso geräthelichte Redner die in der Versammlung verteilte „Erklärung“ und wies nach, wie Gajch bestrebt ist, harmlose private Äußerungen zu verdrehen, um Kapital daraus zu schlagen. Redner führte dann weiter aus: Die heutige Nummer des Corr. ist ein Schandstück für die ganze Organisation. Der Corr. ist nicht mehr Organ für Deutschlands Buchdrucker, sondern Organ des Herrn Gajch. Aber genau so, wie er uns jetzt verrät, die wir seit acht Jahren mit ihm zusammen gearbeitet haben, gegen so wird er seine jetzigen Helfershelfer verraten, wenn sie nicht mehr nach seiner Pfeife tanzen wollen. Wenn Gajch auf ein eventuelles Renegatentum, das sich infolge Schaffung eines Tarifamtes breit machen könne, hinweise, so hat nach Redners Überzeugung ein Kohler und ein Wiener unserer Organisation nicht so geschadet, als jetzt Gajch. (Zwischenruf.) Eigenartig ist die ganze demagogische Agitation; einerseits behauptete man, über Gajch könne nur die Generalversammlung richten, während er (Redner) schon durch eine Resolution in der allgemeinen Versammlung in Leipzig abgesetzt werden solle! Also eine Mitgliedschaft setzt den Vorstand ganz einfach ab! (Gelächter.) Er erkläre aber, daß er den Zeitpunkt noch nicht für gekommen halte, um abzutreten, er versichere vielmehr, nach wie vor die Interessen der Organisation so zu vertreten wie er es bisher gethan habe! (Bravo.) Der Hauptangriffspunkt des Herrn Gajch sei die Schaffung des Tarifamtes. Dieses Schreckgespenst falle aber in sich

zusammen, weil die Prinzipale selber nicht damit einverstanden sind, da es ihnen Geld kostet und sie sich damit nur binden. Redner weise auf die Machinationen des Herrn Gajch hin und mache auf das Zustandekommen verschiedener Versammlungen aufmerksam; dieselben würden hinter dem Rücken der Vereinstellungen von Freunden des Herrn Gajch einberufen. Offen wolle man damit der Prinzipalität eine Zerspaltung der Gesellen vor Augen führen. Er meine aber, durch derartige Unvorbereitete Versuche man gegen die Prinzipale des Verbandes und wer sich auf solche Bahnen begeben und davon nicht abzubringen sei, der sei laut Statut auszuschließen. (Hier wird Redner durch Schläue- und Bravourse unterbrochen.) Redner widerlegt darauf die Redereien von den sogenannten Geheimkonferenzen und gibt eine Blütenlese über Gajchs frühere Auffassung, wie auch er nach dem letzten großen Streik für eine friedliche Vereinbarung eintrat. Als dagegen jetzt Hand in Hand mit den Prinzipalen die traurigsten Zustände im Gewerbe befestigt werden sollten, passe es Herrn Gajch nicht, weil er kein Programm für den Corr. habe; er brauche also immer eine gewisse Bewegung. Redner denke aber, daß eine Organisation nicht dazu da sei, sich in abenteuerliche Kämpfe einzulassen und erkläre schließlich: Wollen Sie wie in der bisherigen Weise unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse stabile Zustände, dann erklären Sie sich mit dem Geschehen einverstanden; stellen Sie sich auf den Standpunkt Gajchs (Rufe: Ja wohl), so, das beabsichtige ich, wird unter den heutigen Verhältnissen ein Rückschlag wie 1876 und 1878 eintreten. Jedenfalls mußte Gajch aber, statt uns in den Rücken zu fallen, vorher sagen: ich erblide Gefahren im Vordringen dieses Weges und kann dafür nicht eintreten. Redner, welcher am Schluß angelangt ist, glaubt ehrlich und offen seine Meinung geäußert zu haben. Kommt nun die Generalversammlung und verlangt einen Kurs à la Gajch, so wird sie auch die Personen dazu finden. Ihn solle das vorläufig aber nicht abhalten, den richtigen und geraden Weg zu wandeln und stets die Organisation als das Heiligtum zu betrachten. (Stürmischer Beifall.) Während die Versammlung bisher ziemlich ruhig verlaufen war, nahm sie jetzt einen stürmischen Charakter an. Ein Antrag verlangte die Vertagung der Debatte und Einberufung einer außerordentlichen Vereinsversammlung auf Sonntag Vormittag. Der Antrag fiel jedoch mit 157 gegen 124 Stimmen. Man wollte infolge Beendigung der Debatte verhindern, daß der Gauvorsitzer die am Freitag stattfindende Gauvorsitzertagung besuche. Nachdem verschiedene Resolutionen eingebracht und verlesen waren, erhielt unter großem Tumult als nächster Redner Kollege Michaelis das Wort. Derselbe greift den Zentralvorstand in scharfen Worten an und bezeichnet die Einberufung der Gauvorsitzertagung als eine Vergewaltigung der Mitglieder. Er sucht der Versammlung begreiflich zu machen, daß sie sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen solle. Durch energischen Protest müsse die Kollegenchaft Berlins beweisen, daß sie nicht gewillt sei, sich vergewaltigen zu lassen. Die Leute, die nicht das ausführten, was die Gesamtheit wolle, hätten abgentschaftet und müßten den Platz verlassen. (Redner spricht unter der größten Unruhe weiter, seine Ausführungen bleiben jedoch unverständlich; die fortwährenden Zwischenrufe bewegen den Redner abzutreten.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme. Als zur Abstimmung der eingebrachten Resolutionen geschritten werden sollte, erhob sich ein Teil von den Plätzen und wollte das Lokal verlassen. Der Tumult wurde so groß, daß die Versammlung gelöst und dann die Fortsetzung derselben auf Freitag festgesetzt wurde. (Schluß folgt in nächster Nummer.)

Berlin, 10. Juni. In der W. Koebleschen Buchdrucker in Berlin ist am Mittwoch wegen Maßregelung des Vertrauensmannes ein Streik ausgebrochen. Alle Unterabteilungen sind gestreikt. Herr Koebke wollte nur die eine Konzeption machen, den gewählten Vertrauensmann bei Neueinstellungen als einen der ersten zu berücksichtigen. Die Ausstehenden lehnten aber dieses Ansuchen ab. Es streikten 22 Setzer und 1 Maschinenmeister. — Leider besitzen aber die hier am Orte legenden Nichtvertrags- und Prinzipalstufenmitglieder so wenig Solidaritätsgelühl, daß bereits am Donnerstag Abend 13 Mann die Stellungen der Ausstehenden schon wieder eingenommen hatten. Die Drucker ist eine der größten „Landenschlager“ Berlins und werden in derselben nur statische Arbeiten für die Königl. Preussische und die Reichsregierung hergestellt. Die Dignität dürfte von der nächsten Vereinsversammlung endgültig für immer geschlossen werden. — Vor Zug nach Berlin wird gewarnt, da die Arbeitslosigkeit ohnehin schon eine große hier ist.

Bremen. (Erweiterung.) Durch den Schlußpassus des Berichtes aus Bant-Wilhelmshaven in Nr. 64 des Corr. sehe ich mich veranlaßt, zu erklären, daß ich eine Agitation gegen die Wiederwahl des Gauvorsitzers für notwendig hielt im Interesse der Verbandes. Nicht persönliches Interesse veranlaßte mich zu dieser „unlauteren Maßnahme“, sondern der Wunsch, einen frischen Geist unter die Kollegen des Nordwestraumes zu bringen. Hätte die deutsche Kollegenchaft bisher mehr Anspruch auf den Raum des Corr. gehabt, so hätte auch ich mich bescheiden bedient und auf die Agitation per Post gern verzichtet. Für das Kompliment also, „unlautere Maßnahme“ getrieben zu haben, bedanke ich mich bestens; wünsche vielmehr, daß die Kollegen von Bant-Wilhelmshaven ihren

auf der letzten Versammlung dortselbst zum Ausdruck gelangten Ansichten Geltung zu verschaffen suchen und wird dann eine solche „unlautere Wahlmacht“ für die Zukunft überflüssig sein. R. Kochanski, Gauvorsitzender

Bielefeld, 10. Juni. Die heute abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung nahm die folgende Resolution einstimmig (vier Mitglieder enthielten sich der Abstimmung) an: „Die Versammlung des Ortsvereins Bielefeld erklärt sich entschieden gegen die Berliner Abmachungen und hauptsächlich gegen die Festlegung des Tarifs auf fünf Jahre. Ferner erklärt sich die Versammlung mit der Haltung des Correspondenten voll und ganz einverstanden, hätte aber gewünscht, daß der Redakteur schon vor dem 15. Mai und öffentlich dieselbe Stellung eingenommen hätte wie heute. Um eine definitive Klärung der Angelegenheit Zentralvorstand contra Galsch herbeizuführen, fordern die Mitglieder den Zentralvorstand auf, schleunigst eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Der Gehilfenvertreter des II. Kreises wird aufgefordert, sein Mandat niederzulegen.“

H. Darmstadt, 6. Juni. Die Einführung der neuen Tarifbestimmungen verlief hier ziemlich glatt, was wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung sich der Bewegung angeschlossen und zur örtlichen Tarifkommission vier ihrer Mitglieder entsendet hatte. So wurde der neue Tarif in den größeren Druckereien teils schriftlich, teils mündlich dem Personale gegenüber anerkannt und in der Zoh. Konr. Herberichs Hofbuchdruckerei am 4. Mai für ihr ganzes Personal eingeführt, während die folgenden Firmen die neuen Vereinbarungen am 1. Juni in Kraft treten ließen: L. C. Wittich (Tageblatt und Zeitung), H. Richter (Täglicher Anzeiger), L. Brill, v. Wors (Westf. Volksblätter), G. Hohmann, Gebr. Edelmann, Bekersche Hofbuchdruckerei, C. W. Roste, F. Elbert, R. Sachs, Otto'sche Hofbuchdruckerei und H. Uebe. Die Buchdruckerei von F. C. Winter hat einige Verbesserungen eintreten lassen und will alle neuen Aufträge nach den neuen tariflichen Bestimmungen berechnen lassen; ebenso die Firma R. Kunze. Es haben somit vierfünftel der hiesigen Gehilfen die verlässige Arbeitszeit und die entsprechende Lohnerhöhung erhalten. Die hiesigen Kollegen werden ersucht, etwaige Vergehungen gegen die tariflichen Vereinbarungen dem Vorsitzenden der Tarifkommission mitzuteilen, damit dieselben beiseite, eventuell als Material zur Statistik über die Verbreitung der Einführung benutzt werden können.

R. Detmold, 8. Juni. Die heute Abend ziemlich vollständig besuchte Ortsvereinversammlung bringt dem Corr.-Redakteur ihre vollste Sympathie entgegen; die Versammlung spricht sich ferner mit allen gegen eine Stimme gegen die Tarifgemeinschaft aus.

Dresden, (Erklärung.) Zu dem in der vorigen Nummer des Corr. enthaltenen Versammlungsbericht aus „Dresden“, der den Leser annehmen läßt, daß er von dem dazu gewählten Schriftführer herrührt, erkläre ich, daß dieser Bericht nicht der von mir der Redaktion unter dem 7. Juni d. J. zugehandte ist. Hinsichtlich einer solchen Annahme der Corr.-Redaktion, den von einer Versammlung gewählten Schriftführer zu ignorieren und dafür den Bericht aus einer beliebigen Zeitung aufzunehmen, protestiere ich. Das nur im Falle der Aufnahme der Redaktion zur Verfügung gestellte Manuskript meines ausführlichen, mit peinlicher Sorgfalt und mit als Schriftführer eigenen Objektivität ausgearbeiteten Bericht fordere ich hiermit nochmals zurück, um event. meinen Mandatgebern den Beweis meiner Pflichterfüllung liefern zu können. Dresden, 9. Juni 1896. Richard Schaffrath, Schriftführer der allgem. Buchdrucker-Versammlung vom 2. Juni. (Kollege Sch. regt sich überflüssig auf. Weil die Dresdener Kollegen seltene Veröffentlichung wünschten, wurde der auf Grund stenographischer Niederschrift abgefaßte Bericht der Arb.-Ztg. aufgenommen, besonders da Herr Schaffrath den Bericht über die am 2. Juni stattgefundene Versammlung erst am 8. Juni von Dresden abschickte. Es kommt doch bloß auf die Richtigkeit des Berichtes an, die Herr Sch. nicht bestrittet. Wir wollten nach vier-tägigem Warten die Kollegen Deutschlands nicht länger über die Stellungnahme der Dresdener Buchdrucker im Ungewissen lassen. Red.)

Westmünde-Bremerhaven. Eine am 9. d. M. hier abgehaltene Mitglieder-Versammlung verwarf die Abmachungen der Berliner Tarifkommission und beschloß, zu der nächsten stattfindenden Gau-(General-)Versammlung nur Vertreter mit gebundenem Mandat zu entsenden. Hierauf entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Stellungnahme des Zentralvorstandes gegen die Corr.-Redaktion und wurde namentlich das Verhalten des Zentralvorstandes bebauert, da es nur geeignet sei, Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen, woraus unsere Gegner Nutzen zu ziehen wüßten. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung des hiesigen Ortsvereins erklärt sich mit der seitigen Schreibweise der Corr.-Redaktion voll und ganz einverstanden und hofft von derselben, daß sie auch in Zukunft in derselben unabhängigen Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringt.“

Görlitz. Für Montag den 8. Juni war eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung einberufen, in welcher unser von der Gauvorsitzendenkonferenz in Berlin kommende Gehilfenvertreter Schlag referierte. In der sich an das Referat anschließenden mehrstündigen Diskussion kam die Stimmung der Mitglieder durch folgende, mit großer Mehrheit angenommene Resolution zum Ausdruck: „Die heutige Versammlung der Görlitzer Verbandsmitglieder

ist im Prinzip mit der Haltung des Corr. in Sachen der Tarifgemeinschaft einverstanden, verurteilt jedoch auch die in der letzten Zeit ausgebrochenen Zwistigkeiten persönlicher Natur. Die Versammlung betrachtet die gegenwärtige Haltung des Corr. einzig und allein als Konsequenz des Beschlusses der Leipziger Jannung und kann es nicht verstehen, daß die Gehilfenvertreter dem Corr.-Redakteur deswegen ein Mißtrauensvotum ausstellen konnten. Um übrigens hofft die Versammlung, daß diese Angelegenheit bei der demnächstigen außerordentlichen Generalversammlung ihre Erledigung findet.“ Mit einem dreimaligen begeisterten Hoch auf den Verband fand die sehr zahlreich besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Göttingen, 8. Juni. Das für und wider der Tarifgemeinschaft zeitige auch hier eine außerordentliche Versammlung der Kollegen. Die äußerst lebhafteste Debatte, teils für, teils gegen die Berliner Abmachungen, brachte schließlich folgende Resolution zur Annahme: „Die heute tagende außerordentliche Versammlung lehnt die Berliner Beschlüsse entschieden ab und fordert den Vertreter des I. Kreises auf, sein Mandat sofort niederzulegen. Die Versammlung erklärt sich ferner mit der Haltung des Corr. einverstanden und spricht Kollegen Galsch ihr Vertrauen aus.“

r. Hamburg. Zu der Versammlung am 7. Juni hatten sich gegen 600 Mitglieder eingefunden; als Gäste waren anwesend der Bezirksvorsitzer, je ein Kollege aus Kiel und Ipehoe, der Gauvorsitzer Kollege Rosenlehner aus Bremen und fünf weitere Kollegen aus letztem Orte. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß seit der letzten Versammlung 45 Neuaufnahmen zu verzeichnen wären. Alsdann erhielt Kollege Galsch aus Leipzig das Wort zu dem Thema: Die neuesten Tarifvereinbarungen. (Der Einsender wird es uns nicht übel nehmen, wenn wir seine ausführlichen Aufzeichnungen streichen, da ja der Standpunkt des Referenten den Lesern des Corr. hinreichend bekannt. Es mag nur erwähnt sein, daß die Ausführungen des Referenten wiederholt durch Beifall unterbrochen wurden. Red.) Nach Beendigung des zweieinviertelstündigen Vortrags, dem ein andauernder stürmischer Beifall folgte, erhielt Gauvorsitzer Rosenlehner Bremen das Wort. Er hält es für notwendig, daß Klarheit geschaffen werde, es würde aber jetzt mit Mitteln gekämpft, die nicht mehr schön seien. Der Beifall, der Herrn Galsch gesendet worden sei, möge aus vollster Überzeugung gekommen sein, aber Galsch hätte früher mit seinen Ansichten kommen sollen, auch hätte er sich gleich als Verfasser der Broschüre bekennen sollen. (Große Anruhe und Schlußrufe.) Redner kommt alsdann auf das Parteiprogramm zu sprechen. (Rufe: Zur Sache; dem Vorsitzenden gelingt es nur nach wiederholter Aufforderung, die Ruhe wieder herzustellen. Wegen der sich immer mehr steigenden Unruhe ist es unmöglich, den weiteren Ausführungen des Redners zu folgen. Ann. des Einsenders.) Schließlich wird Rosenlehner durch trionphisches Beifallsstöhnen, in das die Versammlung an einer unbedeutenden Stelle seiner Rede ausbricht, zum Abtritte gezwungen. Kollege Benschneider hält das Verhalten Galschs für vollständig korrekt; dem Zentralvorstande, dem Gehilfenvertretern sowie den Gauvorsitzenden warf er Täuschung der Gehilfen vor und diese Täuschung sei gleichbedeutend mit Verrat; man habe ganz genau aus dem gemeinen Zirkulare des Zentralvorstandes an die Gauvorstände gewußt, daß es zu keinem Kampfe kommen dürfe, aber trotzdem habe man die Mitglieder im trüben fischen lassen; habe sogar, wo Mitglieder wegen dieser Bewegung aufgeführt, andere Mitglieder als Streikbrecher ansagen lassen. Kollege Rosenlehner habe sich vorhin als Sozialdemokrat bekannt; es sei nicht begrifflich, wie er die Täuschung, welche auch er an den Gehilfen mit verbrochen habe, mit seinen Ideen als Sozialdemokrat in Einklang zu bringen vermöge. Kollege Kochanski-Bremen sprach sich ganz entschieden gegen Rosenlehner aus; R. sei nicht aus Zufall in Hamburg, wie er gesagt habe, so dem mit Absicht, das, was im Corr. unter Bremen sage, sei vollständig der Wahrheit entsprechend. Redner sei gegen eine Tarifgemeinschaft, die 9 1/2 Stunden seien ein Verrat an den Kollegen, die Vertreter wußten ganz genau, daß sie unbedingt 9 Stunden zu bringen hätten. Wenn Rosenlehner Sozialdemokrat sei, dann müsse er wissen, daß es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gebe. (Lebhafter Beifall.) Kollege Reineke und Blume sprachen im Sinne des Referenten. Kollege Benz warnte sich ganz entschieden gegen die Begründungstala; die Stala zu bestimmen sei unsere Sache, nicht die der Prinzipale, wir hätten die Kollegen, nachdem sie ausgelert, zu ernähren. Auch er setze auf dem Standpunkte des Kollegen Galsch. Wenn wir wiederum vor eine Aktion zu stehen kämen, dann solle man des Sprüchwortes gedenken: „Schmiede das Eisen so lange es warm ist.“ Kollege Andreas wunderte sich ebenfalls über die Ausführungen Rosenlehners und forderte die Anwesenden auf, fest und treu zusammenzutreten, dann könne kommen, was da wolle. (Beifall.) Wabersky wendete sich in kurzen Worten gegen Galsch, letzterer sei es gerade gewesen, der die Wahlsinnenmeister-Klausel in Leipzig eingebracht. In seinem Schlußworte betonte Kollege Galsch, daß es wirklich erstaunlich sei, daß Wabersky seine Informationen erst habe von Berlin holen müssen; in Leipzig und Dresden habe er (Redner) sein Verhalten zu dieser Frage schon genügend gekennzeichnet. Der Antrag des Kollegen Rosenlehner habe ja im Januar seine volle Sympathie gefunden. Die Gehilfenvertreter hätten die Sache aber damals als faul hingestellt und

behauptet, daß die Gehilfen keinen Kampf wollten; wir müßten uns wirklich schämen, solche Kollegen unter uns zu haben. Daß er die Broschüre nicht mit seinem Namen versehen, sei nebensächlich, es käme nicht auf den Verfasser, sondern auf den Inhalt an. (Sehr richtig.) Hätte Rosenlehner mehr zur Sache gesprochen, so könnte er ihm auch mehr antworten. Obgleich der Vorstand am 4. Januar die Kündigung ausgesprochen haben wollte, was die Gauvorsitzende abgelehnt, erklärte er doch die Gehilfenchaft nicht für kampfbereit. Er (Redner) könne sein Verhalten von Minute zu Minute rechtfertigen und zwar so, daß noch manchem die Augen übergehen würden. Deshalb halte die Zentralleitung noch an der Tarifgemeinschaft fest, da doch die große Mehrheit der Kollegen sich dagegen erklärt? Wenn ihm der Vorwurf gemacht worden sei, Zersplitterung unter die Kollegen zu bringen, so wisse die Kollegschaft, was dies auf sich habe. Döblin sei ihm allenthalben vorausgerückt, um gegen ihn Stimmung zu machen, aber es habe nichts genützt. Döblin habe wohl hier und dort gegen ihn gesprochen, aber im Corr. noch keinen Federzug getan. Er traut sich nicht, mit seinen Anschauungen heraus zu kommen. Redner forderte die Anwesenden auf, aus ihrer innersten Überzeugung zu urteilen, er glaube bestimmt, daß sie den ganzen Schwindel ablehnen würden. (Lebhaftes Bravo.) Hierauf wird nachstehende, vom Kollegen Stengele eingebrachte Resolution (welche fanden als nicht weitgehend genug keine Unterstützung) einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung verurteilt die Tarifgemeinschaft, fordert die Gehilfenvertreter zum Rücktritt auf und erklärt, die Haltung des Corr. in Bezug auf die Berliner Abmachungen zu billigen.“ Der Vorsitzende schloß die 4 1/2 Stunden währende, imposante Versammlung um 4 1/2 Uhr.

s. Hamm i. W., 10. Juni. Die gestern hier abgehaltene außerordentliche Mitglieder-Versammlung, in der Kollege Sellmann aus Dortmund über die in Essen stattgefundene Bezirksvorsitzendenkonferenz Bericht erstattete, beschäftigte sich hauptsächlich mit den Berliner Tarifvereinbarungen und den hierdurch entstandenen Meinungs-differenzen. Es gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Mitglieder-Versammlung protestiert entschieden gegen die in Berlin verabredete Tarifmachung und fordert den Gehilfenvertreter für Rheinland-Westfalen auf, sein Mandat niederzulegen, da ja der Prinzipalvertreter den Tarif in Sektion II voll und ganz zur Einführung bringt!“ Ferner spricht die Versammlung dem Redakteur des Corr., Kollegen Arthur Galsch, ihre volle Zustimmung aus und fordert eine außerordentliche Generalversammlung resp. Urabstimmung in Sachen der Tarifgemeinschaft.“

R. Siegnitz, Am 4. Juni fand hier selbst eine außerordentliche Versammlung statt, welche sehr zahlreich besucht war. In derselben wurde nach längerer Debatte nachstehende Resolution einstimmig angenommen und sofort unserm Gehilfenvertreter des Kreises IX, Kollegen H. Schlag-Dreslau, welcher sich zu der Zeit in Berlin betriebs der Gauvorsitzendenkonferenz aufhielt, nachgeschickt: „Die heutige Extra-Versammlung des Ortsvereins Siegnitz erklärt sich entschieden gegen eine Verordnungsgebung des Corr.-Redakteurs durch den Zentralvorstand, da beide durch die Generalversammlung gewählt sind und andererseits das Verbandsorgan seinen Charakter als Sprachrohr der gesamten Gehilfenchaft verlieren würde. Sie erwartet dagegen von der Gauvorsitzendenkonferenz, daß sie Mittel und Wege zu einer beide Teile befriedigenden Einigung finden wird.“ — Am 5. Juli findet dieses Jahr ein Bezirks-30-jähriges Fest in Dunsala statt. Der Festausschuß dortselbst, welchem die Arrangements obliegen, hat bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, um die Fester zu einer äußerst glänzenden zu gestalten. Durch eine recht zahlreiche Beteiligung wäre das Komitee, welches keine Mühe scheut, belohnt.

Leipzig, 10. Juni. Aus dem mir soeben zu Gesicht gekommenen neuesten Corr. ersehe ich, daß meine Anfrage in der letzten hiesigen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, betreffs Besetzung des besetzten Tarifbeamtenpostens, den Zorn des Gehilfenvertreters für Bayern herausgefordert hat. Gestützt auf die traurigen Erfahrungen, die man hierorts mit ähnlichen Institutionen als Bruchstücken des Renegatenums gemacht hat, hielt ich es für meine Pflicht, diese Frage zu stellen. Und ich gestehe offen, daß ich nun begreife, wie so es gekommen, daß die Radikalfreien aller Radikalen zu Förderern der Prinzipalwünsche werden konnten und gegenwärtig mit jenen Redensarten das bestritten, was sie früher mit auf das wütendste bekämpften, ja man den Prinzipalpalen sogar „verehren“ wollte. Und ob nun gerade Herr Reizhäuser schließlich gegebenen Falles als Tarifbeamter den Intentionen der Gehilfenchaft entspricht, muß ich schon deshalb bezweifeln, weil hier die Spalten von den Dächern rieseln, daß der Herr bereits mehrmals den Intentionen unserer Organisation untreu geworden und nicht zum erstenmale deren Mitglied ist. Georg Kreischmar.

Wannheim. In der am Sonntag hier abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, in welcher der Gehilfenvertreter Kollege Knie aus Stuttgart referierte, wurde eine Resolution des Kollegen Dolmstätt einstimmig angenommen, die in schriftlicher Weise die Tarifgemeinschaft verwirft und den Gehilfenvertreter des Kreises auf-fordert, sein Mandat niederzulegen. Die Debatte über die Haltung des Corr.-Redakteurs wurde des anderen Tages in einer Mitglieder-Versammlung fortgesetzt und Kollegen Galsch hier ebenfalls auf Antrag Dolmstätt ein-

stimmt ein Vertrauensvotum ausgestellt und gleichzeitig gegen dessen Abschaffung durch eine Gauvorsteherkonferenz protestiert.

M. Tüft, 9. Juni. In einer ziemlich gut besuchten Versammlung, welche am 6. Juni hier stattfand, wurden die gefassten Beschlüsse der Tarifgemeinschaft und die Stellungnahme des Corr. lebhaft besprochen. Der Vorsitzende, Kollege Rentewitz, sprach in scharfen Worten sein Bedauern über das Gekarren des Zentralvorstehenden aus und meinte, man könne denselben kaum mehr als Verbandsleiter anerkennen. Derselben schloß sich die Versammlung an. Ferner sprach dieselbe dem Redakteur Herrn Gschl ihren besten Dank für sein kraftvolles Einschreiten aus. Im weiteren Verlaufe der Besprechung dieser Angelegenheit wurde fast einstimmig die Leipziger Resolution aus Nr. 62 des Corr. angenommen.

Wesel (Rheinl.). In der am Montag den 8. Juni stattgefundenen außerordentlichen Versammlung wurde nach längerer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Wesel kann sich mit den gegenseitigen Tarifabmachungen in Leipzig resp. Berlin durchaus nicht einverstanden erklären und fordert die Geschäftsleiter auf, ihre Mandate niederzulegen. Gleichzeitig erklärt sich die Versammlung mit der Schreibweise des Corr.-Redakteurs vollständig einverstanden und stattet denselben ihren Dank ab, da er die Interessen der Kollegen nur wahrheitsgemäß vertritt. Außerdem sprechen die anwesenden Mitglieder dem D. V. B. jedes Recht ab, sich in die Angelegenheiten des Corr. (als Geschäftsblatt) zu mischen.“ Die Kollegen Deutschlands werden ersucht, sich dieser Resolution anzuschließen.

Jülich. Die z. B. hier konditionierenden organisierten deutschen Kollegen versammelten sich am 6. Juni vollständig im Restaurant zur Stadt München zur Diskutierung der Vorgänge, die sich in letzter Zeit zwischen den Funktionären des deutschen Buchdruckerverbandes und den Prinzipalvertretern gegenüber der organisierten Kollegenschaft und der Redaktion des Corr. abspielten. Die Versammelten sind nach gewaltiger sachlicher Diskussion zu dem Beschlusse gekommen, nachstehende Resolution als ihren ersten Willensausdruck ihren Mitbrüdern in Deutschland zur allgemeinen Kenntnisnahme zu bringen. „Wir verdammen die bekannten Berliner Abmachungen, auf das entschiedenste und erklären sie als einen Faustschlag ins ehrliche Angesicht der gesamten organisierten Buchdruckerschaft der Welt. Wir schließen uns den bisher bekannten Protestversammlungs-Beschlüssen Deutschlands lebhaft an und wollen dadurch auch unsere Solidarität mit dem wackeren geistigen Führer der deutschen Buchdrucker, dem Redakteur des Corr. Kollegen Gschl, bezeugen. Mäße er fortfahren, in bisheriger Weise und ohne Einfluß die Freiheit wie die Ehre und das Ansehen des deutschen Buchdruckerverbandes mannhaft zu verteidigen.“ In der Versammlung waren Kollegen aus nachstehenden Orten anwesend: Saalfeld (Thüringen), Göttingen (Witbg.), Breslau, München, Augsburg, Leipzig, Köln a. Rh., Neuburg a. D., Hirtlingen (Witbg.), Singen (Baden), Roda (Sachf.-Altenb.), Kaiserlautern, Stuttgart, Dresden,

Sindelfingen, Stetnach, Brandenburg a. S., Neu-Ulm, Zandt (Bayern), Nürnberg, Würzburg, Berlin, Bromberg (Posen), Ernshach (Prtbg.), Landsberg a. L. (Bayern). Aus der Ferne unsern kollegialen Grußdrück!

Das Tagesbüreau.

Kundschau.

Wer die jüngsten Versammlungen, wie sich Herr Döblin so lieblich ausdrückte, zu „präparieren“ suchte, das lehren die folgenden beiden Zirkulare, die in Dresden und Hannover verbreitet wurden. „Verband der Deutschen Buchdrucker. Gauverband Dresden. Von uns unbekannter Seite ist für Dienstagabend eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung nach der Zentralthalle einberufen und als Referent der Corr.-Redakteur Herr A. Gschl bestellt worden. Da die gegenwärtige Schreibweise des Corr. eine den meisten Kollegen unverständliche geworden ist, so ist uns Gelegenheit gegeben, Herrn Gschl sich rechtfertigen zu hören und wir ersuchen deshalb alle Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Dresden, 1. Juni 1896. Mit kollegialischem Gruße Der Gauvorstand.“ — „Hannover, den 8. Juni 1896. An sämtliche Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Hannover. Heute abend 8 1/2 Uhr findet eine Versammlung in der Börse statt, in welcher über Ablehnung der neuesten tariflichen Vorteile (Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Grundposition usw.) beschlossen werden soll. Aber, Kollegen, es handelt sich heute nicht allein um den Tarif, sondern um Frieden oder Unfrieden im Gewerbe und Stiftung von Herrlichkeit im Verband. Es ist daher Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung, sofern es nicht durch Krankheit verhindert ist, zu erscheinen, um sein Wort über die künftige Gestaltung unserer beruflichen Angelegenheiten abzugeben. Mit kollegialischem Gruße G. Klapproth.“ Dennoch haben die Dresdener Kollegen mit Dreiviertelmehrheit, die Hannoverischen einstimmig sich gegen die „Präparaten“ ausgesprochen. Kollege Hartwig hat in Hannover Gschl verurteilt, daß er bei seinen Bemerkungen auf der Gauvorsteherkonferenz unvollkommen unterrichtet war und sein Monita hinsichtlich (siehe auch Richtigkeitstellung von Kanowsky in heutiger Nummer). Kollege Babersky in Hamburg hat behauptet, der Redakteur hätte mit Mitgliedern in Hamburg Verbindungen gesucht; umgekehrt liegt der Fall hier wie anderswo; die Mitglieder wenden sich an ihn und nach Hamburg war er vom Ortsvorstand eingeladen. Herr Eney besitt die Heimlichkeit der Gauvorsteherkonferenz. Sie trat aber vor dem Gantag geheim zusammen. Daß dort ihr Ergebnis, die Auffstellung Eisers zur Vertreterwahl, bekannt gegeben wurde, war doch selbstverständlich, wenn sie einen Zweck haben sollte.

Prisefakten.

Verbandsvorstand: Ihre Aufforderung, die Redaktion in unparteiischer Weise zu führen, konnten Sie sich ersparen. Ihre Donnerfelle haben jeden Eindruck auf uns eingetauscht. Die uns zugehenden Artikel werden wie bisher

ber Reihenfolge nach neben den Korrespondenzen veröffentlicht und zwar nach parlamentarischer Sitte soweit der Vorrat reicht immer einer für und einer gegen. Artikel für die Redaktion haben wir mehrere schon länger zurückgestellt. In nächster Nummer gelangt das schwere Geschütz des Schlichtischen Artikels gegen uns zum Abdruck. — Herrn Klapproth in Hannover: Die Mitteilung an die Mitgliedschaft Dant-Weihelms haben bitten wir dieser brief machen zu wollen. — H. in Schn.: Ueber Jelinik's Verbleiben haben wir bisher auch nichts gehört, auch nichts davon, welche Schritte zu seiner Verfolgung eingeschlagen sind. — Butareff: Jetzt fehlt uns für den Artikel über die dortigen Preisverhältnisse doch der Raum. — S. in Wtg-Artikel „Verbandspläne“ wie seit Wochen die vielen anderen persönlichen zurückgelegt.

Verbandsnachrichten.

Erzgebirge-Vogtland. Gauvorsteherwahl. Abgegeben 341 Stimmen, davon erhielten Stoy 277, Blantenburg 48, jeppritzt 4, unglütig 4.

Markneukirchen. Besorjal in der Buchdruckerei Schmidt ausständig. Bei Konditionsangeboten wollte man Erhöhungen bei C. W. Stoy, Chemnitz, Mühlenstraße 104, einschlagen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Jlimenau der Seher G. W. Bodroth, geb. in Hershfeld a. F. 1872, ausgel. das. 1890. — D. Michaelis in Erfurt, Bergstraße 5, part.

In Wiesbaden der Seher Johann Paul Key, geb. in Neuwied a. Rh. 1852, ausgel. das. 1870; war noch nicht Mitglied. — Ludw. Schlein, Römerberg 39.

In Ehr Alfred Joh. Adam Opal, geb. in Weiskastel 1874, ausgel. in München. — Aug. Wimmann in St. Gallen, Oberstraße 81.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Heidelberg. Die Herren Verbandsfunktionäre werden freundlichst ersucht, dem auf der Reise befindlichen Seher Ferdinand Müller, geb. in Heinsheim (Hptb.-Nr. 7561) vier Wochenbeiträge mit 5 Mk. abzugeben und an den Kassierer F. Reithing, Schlierbacher Landstraße 22, postfrei einzusenden zu wollen und im Buche zu vermerken.

Leipzig. Dem Drucker Friedrich Siedinger aus Laßau wurde angeblich auf der Herberge zur Heimat hier eine Beschäftigung, ausgeübt vom Vorsitzenden des Bezirksvereins Straßburg, H. Brincourt, gelobt, welche demselben zum Witzgeren dienste. Es wird gebeten, dem sich damit legitimierenden diese Beschäftigung abzunehmen event. weitere Schritte zu thun.

Weg. Vor Konditionsannahme in Saarbürg (Loth.) sind Erhöhungen einzuziehen beim Kollegen H. Klein daselbst, Döfningergasse 19.

Vertriebsstelle 25 Wl. — Stellen-Angebote, Anzeigen und Vertriebs-Anzeigen bei direkter Zulassung 10 Wl.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Wl. — Beitrag bei Aufgabe zu entrichten. — Offerten ist freimärkte zur Weiterbeförderung beizufügen.

Günstige Gelegenheit

zur **Etadlierung** durch **Ueberrahme** einer kleinen gut eingerichteten **Buchdruckerei** mit neuen Schriften, neuen Maschinen usw. in einer kleinen Stadt bei **Witzburg**. Der Besitzer muß das Geschäft wegen Krankheit und ungenügender Mittel verkaufen. Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen. Offerten sub A. 1993 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.** [713]

Eine größere, gebräugte aber gut erhaltene

Schnellpresse

wird gegen **Cassa** preiswert zu kaufen gesucht. Gleichzeitig erbitte Preisofferten von Schriften. Werte Offerten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 750 erb.

Ein Fachblatt

nacht Jahre bestehend, sehr erweiterungsfähig, billig zu verkaufen. Offerten unter P. 2095 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.** [765]

Teilhaber-Gesuch

für eine modern, gut eingerichtete Buchdruckerei in Leipzig, deren Inhaber tüchtiger Fachmann ist, der aber nicht die Gabe hat, Aufträge zu sammeln, aus welchem Grund er sich mit einem flotten Reisenden verbinden möchte; etwas Kapital erwünscht. Offerten sub O. 2094 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.** [766]

Schriftgießer

welcher mit den verschiedenen Branchen des Faches gut verhandelt ist, findet dauerhafte Stellung bei [762]

G. Schildknecht in Brüssel.

Herausgeber: G. Döblin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: A. Gschl in Leipzig, Seeburgstraße 3/5. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.

Ein Faktor

gefesten Alters und soliden Charakters, der seit langem das Seher- und Druckerpersonal einer mittleren Druckerei selbständig leitet, sucht sich zu verändern. — Suchender ist in allen Branchen des Berufs woffersfahrn, in Kalkulation und Disposition sowie im mündl. und schriftl. Verkehr mit Kundtschaft und Lieferanten zuverlässig. — Umfassende Kenntnisse in modernen Sprachen und in Stenographie. — Werte Anerbieten beliebe man unter Nr. 768 an die Geschäftsstelle d. Bl. einzureichen.

Accidenzseher.

(tüchtiger Zeichner), aber auch in allen anderen Saperaten firm, wünscht sich zu verändern. Werte Offerten sub O. Z. 767 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Schriftseher

in allen Saperaten bewandert, sucht sofort Stellung. Werte Offerten sind unter R. 50 postl. Sieglitz einzusenden. [747]

Junger, flotter

Zeitungs- und Annoncenseher

sucht sichere Stelle. Eintritt 14 Tage nach Engagement. Werte Offerten unter Z. Z. 774 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister

der auch am **Kasten** aushilft, sucht Stellung, am liebsten im Süddeutschland. Werte Offerten erbeten an **B. Burgard, Rappoltsweller (Elsas).** [775]

Pirschky's Restaurant

Galle a. S., Jakobstraße 23.

Bringe allen Halle besuchenden Kollegen meine Nähe der Dampferstation Rabeninsel belegenden Lokalitäten in freundliche Erinnerung. [771]

Düsseldorf.

Die zur **kombinierten Bezirksversammlung** hier **eintreffenden auswärtigen Kollegen** werden gebeten, am **Hauptbahnhof** auszustiegen. **Erkennungszeichen: Correspondent.**

Dresden. Heute **Sonnabend** den **13. Juni**, abends **9 Uhr**, im **Erionan**, **Gaunmitglieder-Versammlung.** Der **Vorstand.** [763]

Bezirk Gotha. Die **Bezirks-Versammlung** findet **Sonntag** den **21. Juni** in **Eisenach** im **Restaurant** von **H. Herr (Georgenstraße)**, **vormittags 10 Uhr**, statt, wozu **sämtliche Mitglieder** des **Bezirks** **freundlichst** **eingeladen** werden. — Die **Tagesordnung** geht den **Mitgliedern** **vorher** **gedruckt** zu.

Halle a. S. Heute **Sonnabend** den **13. Juni**, abends **8 1/2 Uhr**, **Mitglieder-Versammlung** in den **Drei Königen.** D. B. [770]

Lübeck. **Sonnabend** den **13. Juni**, abends **9 Uhr: Außerordentliche Versammlung.** Der **Vorstand.** [769]

Nr. 734. Besten Dank, erliebig.

Vereinsbuchdruckerei zu Hannover

eingetr. Gen. m. beschr. Gaspsflicht.
Aktiva: **Cassa-Konto** 2888,96 Mk., **Buchdruckerei-Konto** 37168,40 Mk., **Debitoren-Konto** 16883,11 Mk., **Vertriebsmaterial-Konto** 6148,78 Mk., **Lager-Konto** 2329,20 Mk. — **Passiva: Kapital-Konto** 49589,75 Mk., **Unterstützungsfonds** 3927,50 Mk., **Reservefonds-Konto** 9280 Mk., **Gilfs-Reservefonds-Konto** 157,15 Mk., **Gewinn- und Verlust-Konto** 2464,05 Mk. — **65418,45 Mk.** — **Mitgliederbeitrag** (Zugang 3, Abgang 5) 132. **Passivsumme** (Zugang 1100 Mk.) 30100 Mk. **Hannover, 14. März 1896.**

Der Vorstand.

G. Klapproth, C. Rosenbuch.